

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24½ Sgr.

Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Amtliches.

Berlin, 14. Mai. Se. Majestät der König haben Allerhöchst ge-
zahlt: Dem Kreisgerichtsrat Kuhbauer in Kalbe an der Saale den Char-
akter als Kanzleirath zu verleihen; auch dem Staatsanwalt Victor Mel-
chor zu Herford die Erlaubnis zur Anlegung des von dem Kurfürsten von
Hessen K. H. ihm verliehenen Wilhelms Ordens vierter Klasse zu ertheilen.

Der bisherige Staatsanwalt Goslich zu Friedeberg in der Neumark ist
zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Quedlinburg und zugleich zum No-
tar im Departement des Appellationsgerichts zu Halberstadt, mit Anweisung
seines Wohnsitzes in Aschersleben, und mit der Verpflichtung ernannt worden,
statt seines bisherigen Titels „Staatsanwalt“ fortan den Titel „Justizrat“
zu führen.

Der Notariatskandidat Vermbach zu Köln ist zum Notar für den Friede-
gerichtsbezirk Gerresheim, im Landgerichtsbezirk Düsseldorf, mit Anwei-
sung seines Wohnsitzes in Gerresheim, ernannt worden.

Der Landgerichtsreferendar Julius Maassen zu Aachen ist auf Grund
der bestandenen dritten Prüfung zum Advokaten im Bezirk des R. Appella-
tionsgerichtshofes zu Köln ernannt worden.

Se. R. H. der Prinz Friedrich Karl von Preußen ist von Brandenburg
hier eingetroffen und nach Wriezen weitergereist.

Angekommen: Der Oberpräsident der Rheinprovinz, v. Pommern-
Eiche, von Koblenz.

Das 16. Stück der Gesetzesammlung, welches heute ausgegeben wird, ent-
hält unter Nr. 5362 den Allerhöchsten Erlass vom 16. April 1861, betr. die
Organisation der oberen Marinebehörden; und unter Nr. 5363 den Allerhöch-
sten Erlass vom 3. Mai 1861, betr. die Genehmigung des Status der Neuen
Westpreußischen Landschaft und der zu demselben gehörigen Taxgrundsätze.

Berlin, den 14. Mai 1861.

Débitkomptoir der Gesetzesammlung.

Bei der heute beendigten Ziehung der 4. Klasse 123. Königl. Klassen-
lotterie fiel 1. Gewinn von 5000 Thlr. auf Nr. 43,718. 3 Gewinne zu 2000
Thlr. fielen auf Nr. 41,550. 75,680 und 93,980.
40 Gewinne zu 1000 Thlr. auf Nr. 1858. 5784. 6628. 8398. 9433.
11,022. 11,401. 12,271. 17,635. 25,935. 28,814. 29,567. 33,195. 33,811.
34,217. 41,930. 45,269. 46,795. 47,721. 49,540. 49,814. 50,727. 51,248.
51,510. 61,947. 63,240. 63,377. 66,736. 69,193. 71,206. 71,638. 76,794.
79,424. 84,188. 83,754. 85,182. 88,914. 90,007. 91,556 und 91,715.
50 Gewinne zu 500 Thlr. auf Nr. 7705. 8231. 11,285. 11,969. 14,289.
14,479. 21,191. 23,804. 24,755. 27,762. 30,394. 30,754. 31,804.
31,828. 32,981. 35,036. 36,632. 39,917. 41,083. 46,242. 47,118. 50,885.
51,120. 51,420. 52,640. 57,836. 61,599. 62,973. 67,349. 68,677. 69,085.
69,996. 71,002. 71,199. 72,155. 75,672. 76,928. 77,566. 78,862. 78,645.
79,128. 79,908. 80,670. 81,797. 85,259. 86,123. 87,449. 89,101 und 91,204.
70 Gewinne zu 200 Thlr. auf Nr. 333. 824. 2906. 3766. 5653.
6688. 6937. 8144. 9443. 11,368. 12,149. 14,450. 15,418. 16,081. 16,221.
16,963. 18,414. 19,261. 20,743. 23,214. 24,333. 24,800. 25,330. 25,508.
21,862. 23,021. 35,111. 35,413. 36,152. 37,196. 38,467. 38,921. 39,948.
44,274. 44,997. 44,027. 46,539. 47,364. 47,619. 50,137. 50,155. 51,812.
56,613. 58,908. 61,424. 61,678. 62,525. 66,159. 68,669. 69,089. 69,128.
71,307. 71,769. 71,850. 73,086. 73,242. 77,237. 77,927. 81,133. 81,151.
84,610. 82,178. 82,558. 84,357. 85,047. 85,814. 85,905. 88,598. 91,487.
und 92,997.

Berlin, den 13. Mai 1861.

Königliche General-Lotterie-Direktion.

Telegramme der Posener Zeitung.

Pesth, Montag 13. Mai. In der heutigen Sitzung
des Unterhauses hieß Deak seine, durch die Journale bereits
bekannt gewordene Rede, in welcher er am Schlusse in bereit-
ten Worten zur Klugheit und Mäßigung mahnte. Der Ein-
druck seiner Rede war ein tiefer und wurde dieselbe oft stür-
misch begrüßt. Der erste Theil, der die Motivierung der Lan-
desrechte und Landeswünsche enthielt, erhielt auch den Be-
fall der gegnerischen Partei. Der zweite und dritte Theil, so
wie die Motivierung der Sendung einer Adresse an den Kai-
ser erhielt einen so großen Beifall, daß die Gegnerpartei nur
als eine unbedeutende Minorität erschien. Am Donnerstage
wird die Adressdebatte stattfinden.

Kaab, Montag 13. Mai. Gestern Abend 10 Uhr
fand ein Volksaufstand hier statt. Der Pöbel versuchte die
gewaltsame Befreiung von vier an demselben Tage in das
Stockhaus gebrachten desertierten Husaren, die Garnison ver-
teilte jedoch das Vorhaben. Von den theilweise bewaffneten
Zivilpersonen wurden 3 getötet und 15 verwundet; vom
Militär die Stockhauswache erstochen und mehrere verwundet.
(Eingeg. 14. Mai 8 Uhr Vormittags.)

Deutschland.

Preußen. Berlin, 13. Mai. [Vom Hofe; Ta-
gesnachrichten.] Der König fuhr heute Morgens 7½ Uhr nach
dem Tempelhofer Felde und besichtigte daselbst die 2. Garde-Inf.
Brigade, kommandirt vom Generalmajor v. d. Mühl. Um 9½
Uhr waren die Exerzitien beendet und kehrte der König mit dem
Kronprinzen und den übrigen königlichen Prinzen zur Stadt zu-
rück. Gleich darauf begaben sich der König, die Königin, der Kron-
prinz und die Kronprinzessin und die übrigen Mitglieder der könig-
lichen Familie nach dem Kommandanturgebäude und nahmen dort
von den Fenstern aus die Entzündungsfeier des Beuthdenkmals in
Augenschein. Diese Feier war imposant durch die Menge der Theil-
nehmer, unter denen sich viele Personen von Distinktion, die Mi-
nister, die Spiken der Behörden &c. befanden; die Gewerke waren
etwa durch 1000 Mitglieder vertreten, welche mit ihren Fahnen sich
auf dem Platz in einem Halbkreis aufgestellt hatten. Die Feier
wurde mit dem von einem Musikkorps geblasenen Choral: „Lobe
den Herrn &c.“ eröffnet, worauf der Vorsitzende des Zentralkomitees,
Oberpräsident der Rheinprovinz, v. Pommern-Eiche, die Festrede

hielt. Nach dem Schluß derselben fiel unter einem dreimaligen
Hoch auf den König die Hülle und das Musikkorps blies die Volks-
hymne. Hierauf sagte der Handelsminister v. d. Heydt im Namen
der Regierung dem Zentralkomitee und den Künstlern Dank für das
herrliche Kunstwerk, das der Stadt zur Freude gereiche, und die
Feier war beendet. Das Zentralkomitee hatte darauf die Ehre, vom
Könige und der Königin im Kommandanturgebäude empfangen zu
werden und nahm sodann der König, in Begleitung dieser Männer
und gefolgt vom Polizeipräsidenten v. Leditz, das Standbild in
Augenschein. Nachmittags 4 Uhr war im Krollschen Etablissement
Festdinner und erschienen bei demselben auch die Minister, General-
feldmarschall v. Wrangel und andere Notabilitäten. Das Standbild
war den ganzen Tag über von einer großen Volksmenge umlagert. —
Der König nahm heute Mittag die Vorträge der Geheimräthe
Illaire und Gostenoble entgegen und arbeitete darauf mit dem Für-
sten von Hohenzollern und den Ministern v. Auerswald und v. Ber-
nuth. Um 5 Uhr war im königlichen Palais Tafel, an welcher außer
den hohen Herrschaften der Fürst von Hohenzollern, der Prinz Wil-
helm von Baden, der Fürst zu Fürstenberg, der Herzog von Ratibor,
welcher zum Generalmajor à la suite der Armee ernannt ist,
und mehrere höhere Militärs und Landtagsmitglieder erschienen.
Morgen früh besichtigte der König die 2. Gardeslavallierebrigade auf
dem Tempelhofer Felde und Nachmittags wird er an dem Diner
theilnehmen, das der Generalfeldmarschall v. Wrangel giebt, und
zu welchem mit den königlichen Prinzen und der Generalität auch
die Minister geladen sind. — Freitag findet in Potsdam und Tags
darauf hier große Parade statt. Nach dem Schluß der Parade ist
im hiesigen Schloß Galadiner. Der Großherzog von Mecklenburg-
Schwerin, welcher gestern Abend nach Ludwigslust zurückgekehrt ist,
trifft am Donnerstag von dort wieder hier ein, um den Paraden
und dem Diner beizuwohnen. — Der erste Kommandant von Köln,
Generallieutenant v. Gansauge, hat den erbetenen Abschied erhalten.
In die Stelle des Generalmajors v. d. Mühl ist der bisherige
Kommandeur der 21. Inf. Brigade, Generalmajor v. Walther und
Gronau eingerückt. — Die Leiche der Fürstin zu Fürstenberg ist
am Sonnabend Abend nach Donaueschingen abgeführt worden.
— Der Ober-Hof- und Domprediger Dr. Strauß ist jetzt soweit
wiederhergestellt, daß er bereits ausfährt.

Berlin, 13. Mai. [Organisation der Reitschule
zu Schwedt; neuer Quartierungs- und Verpflegungs-
versuch; Vermischtes.] Die projektierte neue Organisation
der Reitschule zu Schwedt wird bereits mit dem 1. Oktober d. J.
in Ausführung treten und zielt, soviel bisher darüber verlautet ist,
der Hauptzweck der beabsichtigten Änderung darauf ab, diese An-
stalt einmal mehr wie bisher geschehen, zu einer Reitschule für
Offiziere zu gestalten, neben dieser einen Aufgabe aber auch noch
aus besonders hierzu befähigten Unteroffizierelementen eigene Reit-
lehrer, etwa wie bei der preußischen Armee vor 1806 die Regiments-
stallmeister, heranzubilden. Diese Reitlehrer würden dann bei
ihren Truppenteilen zugleich eine besondere, bevorzugte Stellung,
etwa mit Wachtmeistercharakter, einnehmen, so daß mit dieser Ein-
richtung zugleich der Nebelstand in Wegfall trate, wodurch die
Wirksamkeit des genannten Instituts bisher in der Armee so sehr
beeinträchtigt worden ist, indem nämlich die auf demselben ausgebildeten
Unteroffiziere durch das forschende Avancement immer
sehr bald in die Stellung als Quartier- und Wachtmeister befördert
und dadurch der Funktion als Reitlehrer wieder entzogen wurden.
Das Zureiten der Remonten und die Erziehung des Einzel-
Reitunterrichts würde dann in den Regimentern fernerhin der
Haupfsache nach ganz diesen Reitlehrern überlassen bleiben, woge-
gen die Aufmerksamkeit der Offiziere mehr auf dem allgemeinen
Reitunterricht gerichtet bliebe. — Von dem durch die Errichtung
eines dritten Bataillons bei dem Garde-Füsilierregiment aus seiner
bisherigen Kaserne vor dem Oranienburger Thor verdrängten
Füsilierbataillon des Kaiser-Garde-Grenadierregiments ist gegenwärtig von einem hiesigen Hausbesitzer in der aller-
dings ziemlich abgelegenen Amalienstraße die ganze 10. Kompanie
in seinem neu erbauten Hause in Quartier und Verpflegung
genommen worden. Der Versuch ist merkwürdig genug und scheint
nach Allem, was man darüber vernimmt, eine noch gar nicht zu
ermessende Wirkung in sich zu tragen. Der Unternehmer erhält als
Miethe für die von ihm der bezeichneten Kompanie überlassene
Räumlichkeit den monatlich mehrere hundert Thaler betragenden
Servis derselben, wofür er sich zur Anschaffung von Belten, Hand-
tümern, Waschmaterial &c. gleich mit verpflichtet hat. Eben so hat
er auch gegen Zahlung des gewöhnlichen Menagegeldes die Beköstigung
der Mannschaft übernommen, welche mit dem ihnen so be-
schafften Mittagessen weit mehr, als bei der früheren eigenen Me-
nage zufrieden sein soll. Auch ist von dem spekulativen Hausbesitzer
ein eigener, mit allen Soldatenbedürfnissen ausgestatteter Bistu-
lienkeller nicht vergessen worden, so daß ihm nebenbei noch der Ver-
dienst auch hierzu zu Gute kommt. Bekanntlich wird außerdem hier
auf dem Köniicker Felde von einem Privatunternehmer eine
Kaserne für die beiden in hiesiger Stadt garnisonirenden Train-
bataillone des Garde- und 3. Armeekorps gebaut und soll die Ein-
richtung daselbst, wie versichert wird, gerade eben so statthaben.
Die Sache erscheint in der That wichtig; dem Staate würde bei
Überführung dieser kleinen Versuche zu einem allgemein angenom-
menen Systeme, oder wenigstens doch bei einer mehr allgemeinen
Anwendung derselben jedenfalls bedeutende Summen für den Bau
neuer Kasernen erparst werden. — Die Bestimmung der ehemaligen
Reserve- und jetzigen Füsilierregimenter, den Hauptbestandteil des
preußischen Beitrags zur Besatzung der Bundesfestungen zu bilden,
ist jetzt aufgehoben worden und wird der preußische Anteil zur

Besatzung dieser Festungen ferner nur durch beliebige Abkommen-
dirungen erfolgen. Die Bewaffnung mit den neuen leichten Fü-
ndadelgewehren und Haubayonetten ist übrigens bereits auch auf
die Einheitenfüsilierregimenter ausgedehnt worden und soll die Aus-
gabe der neuen Waffen an dieselben jedenfalls noch vor dem Be-
ginn der diesjährigen Schießübungen zu Ende geführt werden.

[Justizwesen.] Das Justiz-Ministerialblatt enthält
eine allgemeine Verfügung des Justizministers vom 1. d. Mts.,
wodurch die Gerichtsbehörden angewiesen werden, bei Untersuchun-
gen wegen Münzvergehen und Münzverbrechen die in Beschlag ge-
nommenen falschen Münzen und die zu deren Fabrikation benutz-
ten Maschinen, Gerätschaften und Materialien jedesmal an die
betreffende Regierung zu senden, von welcher sie demnächst an die
königliche Münzdirektion zur Vernichtung resp. Aufbewahrung zu
befördern sind; ferner ein Erkenntniß des Obertribunals, worin
ausgeführt wird, daß eine auf Breitern ruhende, mit dem Grund
und Boden nicht verbundene Gartenlaube unter Umständen als eine
bauliche Anlage im Sinne des Rayonregulativs von 1828 anzusehen ist, und daher ohne Genehmigung der Polizeibehörde im
Vereich des Festungsraions nicht errichtet werden darf.

Magdeburg, 12. Mai. [Zur Ehefrage.] Die dies-
jährige Konferenz von Superintendenten und Pastoren in Gnadau
gesetzte sich darin, in der Ehefrage zur ungescheuten Opposition gegen
die letzte Verfügung des Oberkirchenrats aufzufordern. Dieser
hatte sich doch bekanntlich für die Unantastbarkeit der bürgerlichen
Ehe, welche die aus der Landeskirche ausgetretenen geschlossen,
erklärt, und insbesonders die Forderung der Auflösung einer solchen Ehe
vor der Wiederaufnahme in die Landeskirche als eine durchaus un-
berechtigte erklärt. Die Konferenz aber sah gerade auf den An-
trag ihres Vorsitzenden, des Superintendenten Westermeier, den
entgegengesetzten Besluß, und empfahl ihren Gesinnungsgenossen
streng danach zu geben, da es rechtschaffenen Dienern und Streit-
tern Christi nicht anstehe, Einfälle zu thun. (M. 3.)

[Destreich. Wien, 12. Mai. [Die Adresse des Hex-
enhauses], welche bereits Sr. Majestät dem Kaiser überreicht
worden ist, lautet ihrem wesentlichen Inhalte nach:

Noch tiefe ergriffen und freudig erschüttert von den mächtigen Eindrücken
jener erhabenen Stunde, in welcher die durch ihre Vertreter um den altherwür-
digen Thron Eurer Majestät verfaßten Böller Destreichs die Verkündigung
neuer Burgfeste einer glückverheißenden Zukunft des Gesamtreichs vernahm,
halten es die in dem Herrenhause versammelten Mitglieder des Reichs-
rates für ihre erste und dringendste Pflicht, dem Gesinde des innigsten Dankes
für die in dem kaiserlichen Diplome vom 26. Februar d. J. und in den Staats-
grundgesetzen vom 26. Februar d. J. gewährten Institutionen den ehrenvollsten
Ausdruck zu geben. Diese Institutionen haben neuerdings im Ange-
sicht der beiden Häuser des Reichsrates, dessen freudiger Nachhall in den freuen
Ländern des Reiches bereits vollständig wiederklängt, ihre weitholde Bestätigung
und Bekräftigung erhalten. Das Herrenhaus folgt mit Treue und Vertrauen
dem von Ew. Majestät ergangenen Rufe, indem es mit Ew. Majestät die Über-
zeugung teilt, daß die im Sinne der festgestellten Prinzipien unmöglich zu ver-
wirklichen Institutionen unter Teilnahme der Volksvertreter an der Gesetz-
gebung zu einer heilbringenden Umgestaltung der Monarchie auf jenen staats-
rechtlichen Grundlagen führen werden, welche die nothwendige Einheit des
Reiches mit der so weit als möglich ausgedehnten Selbständigkeit der Länder zu
verbinden geeignet sind. Wir verheißen uns nicht die Schwierigkeit der Aufga-
ben, die an uns heranrücken. Allein die auf dem Gebiete der österreichischen
Monarchie sich begegnenden politischen, kirchlichen und nationalen Verschieden-
heiten werden, im Geiste der Verhältnisse aufgefaßt und nach den Grundsätzen
gegensätzlicher Duldsamkeit geregelt, keine unüberwindlichen Hindernisse
seiner vernünftigen Vereinbarung bieten, welche zur unverfehlbaren Quelle des
Segens für das Reich und zum letzten Bande seiner Einheit und Macht werden
muz. Die von Ew. Majestät verfaßten Institutionen gewähren jeder Nationalität
entsprechenden Raum, sich auf dem vereinigten Boden ihres Kulturs- und
Rechtsgebieds, ihres Glaubens und ihrer Sitten mit Freiheit zu bewegen. Durch diese befriedigt, werden sie die eigene beglückende Sicherheit nur in der
Macht und Größe des Gesamtreichs suchen und so die freiwilligen und darum
treuesten Stützen jener Einheit derselben werden, welche die unerlässliche Grund-
bedingung seiner Machtstellung bleibt. Wenn wir mit schmerzlichem Bedauern
die Königreiche Ungarn, Kroatien, Slavonien und das Großfürstenthum Ste-
rburg in Reichsrath noch untervertreten sehen, sowie die Mitwirkung ihrer
Vertreter zu den großen gemeinsamen Zwecken unger bis zu Stunde ver-
missen, so finden wir doch in der von Ew. Majestät ausgesprochenen und in
unseren Herzogen widerstrebenden Hoffnung die Vererbigung, daß auch diese An-
gelegenheit im Sinne der allerh. Handschriften vom 26. Februar d. J. eine günstige
Lösung erlangen werde. So wie wir die beruhigende Überzeugung hegen,
daß Ew. Majestät, so weit es mit der Ehe und Stellung eines Großstaates
vereinbar ist, auch ferner sein Mittel zur Erhaltung des Friedens unverzicht-
bar ist, eben so überzeugt sind wir, daß, im Falle dieser Bemühungen er-
folglos bleiben sollten, das gesammte Volk Destreichs in patriotischer Hingabe
zu dem tapfern, durch ausharrende Pflichttreue glänzenden Heere stehen und
dessen Anstrengungen erfolgreich unterstützen werde. Wir werden allen uns von
Ew. Majestät in Auftrag gestellten Regierungsvorlagen, namentlich jenen über
den Staatshaushalt, das Steuer-, das Bank- und das Kreditwesen, unzere
volle und eingehende Aufmerksamkeit widmen und in dem Kreise unserer ver-

Mit Freude begrüßen wir die erhabenen Grundsätze, die Ew. Majestät verkündet für das große Werk, das mit Hilfe des Allmächtigen werden soll zum Segen der Völker, zum Heile des Reiches, zum Ruhme des Kaisers. Die freien Institutionen, unter denen soorten alle Nationalitäten des Reiches gleichberechtigt nebeneinander bestehen, alle Staatsbürger vor dem Gesetz gleich sein sollen, werden die Bande der brüderlichen Eintracht festigen und stärken zum unlöslichen Bunde; die Theilnahme der Volksvertretung an der Gesetzgebung wird diesen Bund heiligen, und die fortwährende Entwicklung der Freiheit im Geiste der Zeit und nach dem Bedürfnisse der Völker wird ihm die Kraft verleihen, allen Stürmen siegreich zu widerstehen. Von unabhängbarem Werthe ist es uns, daß Ew. Majestät die staatliche Gestaltung des Reiches auf Grundlage der so weit als möglich ausgedehnten Selbständigkeit der einzelnen Königreiche und Länder und zugleich auf Grundlage jener Einheit, welche die nothwendige Machtstellung des Reiches fordert, unternommen haben. Wir erkennen mit Ew. Majestät, daß diese Gestaltung dauernd gewahrt und festgestellt ist, wena sie nach Recht und Billigkeit mit Rücksicht auf die Vergangenheit der einzelnen Königreiche und Länder mit gleicher Sorgfalt für alle Nationen, mit gleichmäßiger Entwicklung in allen Theilen des Reiches, in offener und freiwilliger Politik durchgeführt wird, wie sie Bedürfnis der Völker und Gebot der Nothwendigkeit geworden. Ueberzeugt von der hohen Wichtigkeit der Landesvertretungen, sprechen wir die Hoffnung aus, daß die baldige Fortsetzung der gegenwärtig vertagten Landstage der einzelnen Länder wesentliche Verbesserungen ihrer heimischen Zustände bringen werde. Die Ausbildung der dem Reich gegebenen konstitutionellen Formen und deren Vollständigung durch Errichtungen, die anderwärts mit gedeihlichem Erfolge bestehen, so wie die zeitgemäße Fortbildung der Landesordnungen, werden es ermöglichen, Gesetze zu schaffen, die den Bedürfnissen und Wünschen aller Völker des Reiches entsprechen; sie werden das Band der Treue und Anhänglichkeit aller Völker an Ew. Majestät gehaltige Person und erhabenes Haus noch enger knüpfen; sie werden die Zusammengehörigkeit zu dem einen mächtigen Staate zum Gegenstand gerechten Stolzes und begeisterter Hingabe machen für alle Stämme von Deutreich. Wir verlassen nicht die von Ew. Majestät angedeutete Schwierigkeit der Aufgaben, die vorliegen, aber auch wir begießen die Zuversicht, daß durch die Sicherung der verfassungsmäßigen Freiheit und durch den Geist der Durchdringlichkeit, durch gegenwärtige Billigkeit und Verhältnislichkeit ein brüderliches Zusammenleben aller Völker unter Deutreichs schützendem Adler verbürgt sein wird. In demselben Geiste werden die Völker auch das von Ew. Majestät in sie gesetzte Vertrauen rechtfertigen, welches sie zur gediehnlichen Entwicklung und Kräftigung der gegebenen oder wiedererweckten Institutionen mitzuwirken berufen hat. Mit Ew. Majestät hoffen und erwarten auch wir, daß die Frage der Vertretung der Königreiche Ungarn, Kroaten und Slavonien und des Großfürstenthums Siebenbürgen im Reichsrathe bald eine günstige Lösung finden werde. Die angekommne Treue der edlen Brudervölker im Süden der Karpathen an ihren Füsten, unser mehrhundertjähriges Zusammenleben unter den erlauchten Regenten Ew. Majestät erhabenen Herrscherhauses, die Erinnerung brüderlicher Gemeinsamkeit von Leid und Freud in schlummernden und in guten Tagen, die laufendach verfestigten Interessen, die vielerprobt Hochherigkeit und Opferwilligkeit aller der edlen Stämme im östlichen Theile des Reiches, geben uns die Zuversicht, daß sie der Opfer eingedenkt, die auch die Völker des westlichen Theiles des Reiches zu deren Befreiung von fremder Herrschaft gebracht, bei dem von Ew. Majestät angedeuteten Verständniß der wahren Sachlage der Vortheile und der unverkennbaren Nothwendigkeit einer Gesamtvertretung auf der freiheitlichen Grundlage des Gesamtstaats mit uns zusammenwirken werden zum Fortbau eines großen, einigen Dreibreichs. Wir fühlen mit Ew. Majestät, daß einer der wichtigsten Wendepunkte für die Gediehnheit des Reiches eingetreten, allein wir vertrauen, daß der Stern, der Dreibreich durch nahe ein Jahrtausend auch in den dunkelsten Stunden seiner Geschichte gelungen, nicht erbleichen wird, und wir glauben fest und zuverlässiglich, daß die Völker in altösterreichischer Treue, Aufopferungsfähigkeit und Hingabe gern zu jedem Opfer bereit sind, das nötig wird; ur Aufrechthaltung des Gesamtstaates, des einigen und untheilbaren Kaiserreiches. Dem hochherzigen Beispiele Ew. Majestät folgend, liegen auch wir das feierliche Gelübniß ab, daß wir im Sinne der im Diplom vom 20. Okt. 1860 ausgeprochenen und in den Grundgesetzen vom 26. Febr. 1861 zur Durchführung gelannten Ideen die Gesamtverfassung als das unantastbare Fundament des Reiches anerkennen, jede Verlegung derselben als einen Angriff auf den Bestand der Monarchie und auf die Rechte alter Länder und Völker derselben betrachten und Ew. Majestät jederzeit in unerschütterlicher Treue zu Seiten stehen werden."

[Graf Ladislaus Teleky] hatte am 11. Februar erst das 50. Lebensjahr überstritten. Sein Vater war der berühmte Gelehrte gleichen Namens, welcher nächst Széchenyi die Hauptstädte und lange Zeit hindurch der Präsident der ungarischen Akademie war. Der junge Graf machte an den Hochschulen von Sarospatak, Pesth und Berlin seine Studien, und im Jahre 1837 nahm die ungarische Akademie den kaum 26jährigen jungen Mann unter ihre Mitglieder auf, während ihn der fogarai District zum Deputierten in den siebenbürgischen Landtag wählte. Eine Zeit lang hing Teleky noch dem Drange seines poetischen Gemüths nach, und seine Tragödie "der Günftling", welche 1842 zur Aufführung gelangte, hat sich lange mit Ehren auf dem Repertoire behauptet. Allein mit immer steigendem Eifer wandte er sich nun den politischen Kämpfen zu, und der beinahe 20 Jahre ältere, ihm jedoch innig befreundete Graf Stefan Széchenyi strahlte ihm als leuchtendes Vorbild vor. Nur die unerschütterliche Rücksicht und der durchaus praktische Sinn des "größten Ungars" wollte dem entzündlichen Gemüthe Teleky's für die Dauer nicht zufügen, und als Deaf und Roszth im ungarischen Unterhause das Banner der Reform entfalteten, vereinigte sich Teleky mit dem unglücklichen Grafen Ludwig Baththyani, um im Oberhause denselben Prinzipien den Sieg zu verschaffen. In dem im Jahre 1844 gegründeten "Schutzverein" nahm Teleky als Vizepräsident lebhaften Anteil, und später wurde er auch zum Präsidenten des Oppositionslubs gewählt. Bei Gründung des Landtags im Jahre 1847 nahm er seinen Sitz im Oberhause ein, ging jedoch 1848 als Deputierter des Pesther Komitats ins Unterhaus über, wo er bis zum August eines der genialsten Mitglieder glänzte. Am 31. August 1848 wurde Graf Ladislaus Teleky unter königlicher Genehmigung als Gesandter nach Paris geschickt, da Lamartine den Wunsch geäußert hatte, Ungarn durch einen eigenen Gesandten bei der französischen Republik vertreten zu sehen. Am 9. September traf er in Paris ein und wurde von Bastide und Cavaignac empfangen, so wie später auch durch den Präsidenten Louis Napoleon als Gesandter Ungarns anerkannt. Nach der Katastrophe von Világos blieb Teleky in Paris und widmete fast alle seine Zeit der Journalistik. Die "Débats", "National", "Presse", "Opinion publique" und "Evenement" brachten von ihm eine Unzahl von Artikeln, in welchen er das historische Recht Ungarns verteidigte und gegen das Bachsche System zu Felde zog, während er in Wien in contumaciam zum Tode verurtheilt und sein Name an den Galgen gefüllt wurde. Um kaiserlichen Hofe von Paris war Teleky eine der beliebtesten Persönlichkeiten, und man behauptet, daß es kaum noch zwei Menschen geben dürfe, welchen der verschlossene Kaiser der Franzosen einen so tiefen Einblick in seine Absichten gestattete, wie dem Grafen Teleky. Während des italienischen Krieges hielt sich Teleky meist in Turin und Genf auf; nach dem Tage von Villafranca kehrte er nach Paris zurück und lebte daselbst zurückgezogen, ohne jedoch in der Kunst des Hofes gesunken zu sein. Erst als der ehemalige ungarische Minister Szemere jenen Brief erschienen ließ, worin er das Diplom vom 20. Oktober in Schubnahm, trat Teleky mit einer fulminanten Gegenrede wieder vor die Deffentlichkeit. Zwei seiner Schwestern, Gräfin Emma, die Witwe des durch seine Schriften über Ungarn bekannten französischen Touristen de Gerando, und Gräfin Bianca, welche als politische Gefangene acht Jahre lang im Kerker schmachtete, wohnten in Dresden; dorthin begab sich gegen Ende des vorigen Jahres Graf Ladislaus. Er wurde verhaftet, an Dreibreich ausgeliefert, jedoch vom Kaiser begnadigt und zur Rückkehr in sein Vaterland ermächtigt. Hier enthielt er sich, dem gegebenen Worte getreu, jeder politischen Tätigkeit bis zum Beginne des Landtages; dann aber stellte er sich an die Spalte der äußersten Linken; mit welchem Programme? Die Welt hoffte es in den nächsten Tagen kennen zu lernen, aber die Lippen, welche es verklanden sollten, sind nun kalt und stumm, und der unglückliche Graf nimmt es als Geheimnis mit ins Grab hinab.

Klausenburg, 3. Mai. [Verwüstung der Wälder.] Dem „K. K.“ wird aus dem Barander Comitate berichtet: Die schönen, meilenweit sich fortziehenden Baumreihen der seit Jahrhunderten mit großer Sorgfalt und großem Kostenaufwande unter Aufsicht gestandenen Nagy-Halmagyer Urwälder werden jetzt allenthalben durch ruchlose Hände der Feuerverwüstung preisgegeben. Der Rauch verdeckt meilenweit den Gesichtskreis, die Feuerstätten sind aber zumeist nicht wahrnehmbar, wo Millionen und Millionen Funken aufsteigen. In dieser Übergangsperiode ist aber Nie-

mand da, der dem Unfug recht zu steuern im Stande wäre. Die alten Beamten vermögen nichts mehr, die neuen noch nichts, und so dürfte es kommen, daß, wenn einmal das Comitat wirklich rekonstituiert sein wird, das Eigentum, welches geschützt werden sollte, schon verloren sein wird.

Baden. Heidelberg, 11. Mai. [Deutscher Handelsstag.] Am 6. und 7. d. beschäftigte sich die Kommission des deutschen Handelsstages mit Beratung über eine einheitliche deutsche Münze. Dr. Soetheer referierte, und die Kommission resolvirte nach gründlicher Beratung und Erwägung aller in Rücksicht kommenden Punkte dahin, der deutsche Handelsstag erklärt: 1) Die endliche Beseitigung der einer vollständigen Münzeinheit in Deutschland noch entgegenstehenden ausnahmsweisen Zustände und Hindernisse ist nicht länger auszuschieben. Die Rücksicht auf die Möglichkeit einer in Zukunft etwa nothwendig werdenen Annahme der Goldwährung, welche Eventualität eine offene Frage für die Zukunft bleiben muß, ist als ein guttressender Grund für eine längere Verzögerung der deutschen Münzeinheit nicht zu betrachten. 2) Der Wiener Münzvertrag vom 24. Januar 1857 muß im Allgemeinen die Grundlage und Norm des gemeinschaftlichen deutschen Münzwesens bleiben, und die in Gemäßheit desselben ausgeprägten Vereinsthalter, 30 Stück ein Pfund seines Silber enthaltend, sollen auch ferner die Hauptmünzsorte in ganz Deutschland bilden. So weit nicht durch nachstehende Artikel eine Abänderung oder Aufhebung von Bestimmungen des erwähnten Wiener Münzvertrages nothwendig bedingt wird, ist dieser in allen Punkten aufrecht zu erhalten. 3) Als allgemeine Reichseinheit ist der Drittenthalter, unter der Benennung „Mark“, anzunehmen, mit direkter Theilung in 100 Pf. Die besondere Bezeichnung des Werthes von 10 Pf. als Groschen, und bis auf Weiteres auch des Werthes von je 3, 9 und 17 Pf. durch beziehungswise 1, 3 und 6 Kr. ist zulässig.

Die Vorkommission hat sich in Bezug auf den Nürnbergischen Entwurf des deutschen Handelsgesetzes geeinigt. Die Resolutionen gehen nach ihrem Sinne dahin: Die Annahme des Handelsgesetzes in bloc wird vorschlagen mit dem Wunsche, daß alle Regierungen sich dahin einigen möchten, daß in Betreff der Wirksamkeit von Bekanntmachungen in Bezug auf Prokuren, Firmen und Soziäten diejenigen Bestimmungen des Nürnbergischen Entwurfs beiseite, respektive verändert werden, welche, indem sie den Dritten Gelegenheit geben, Einreden der Nichtkenntniß vorzuschützen, die Rechts sicherheit im hohen Grade gefährden. Zugleich wird ausgesprochen, daß es den verschiedenen Landesregierungen gestattet sein soll, in die oder von der Bestimmung in Bezug auf die Führung von Handelsfirmen, Prokuren und Handelsbüchern, auch andere Klassen von Handels- und Gewerbetreibenden als die im Entwurfe namentlich aufgeführten geringfügigen Geschäftsbetriebe respektive auf- oder auszunehmen. Mit Einführung des Gesetzes soll gleichzeitig die Einführung von Handelsgerichten in Aussicht genommen werden, welche alle Handelsachen zu entscheiden haben, und die aus einem rechtsgelehrten Vorsitzenden und Kaufmännischen Besitzer zusammenzusezgen sind, auch soll in zweiter Instanz für eine genügende Vertretung des Kaufmännischen Sachverständigen Sorge getragen werden. Schließlich wird ausgesprochen, daß ohne einen gemeinsamen obersten Gerichtshof in Handelsachsen die Bestimmungen des Gesetzes nicht zur vollen Anwendung gelangen können, und daß eine allgemeine deutsche Konkurrenzordnung und eine Revision des gesammten deutschen Verkehrs- (Obligationen-) Rechts unverzüglich beschafft werden muß. Für die Revision des Verkehrsrechts werden verschiedene Monita bezeichnet, welche sich aus der Einsicht in den Nürnbergischen Entwurf als nothwendig herausstellen, und welche der Handelsstag, um die sofortige Einführung des Handelsgesetzes nicht auszuschieben, auf diese Weise später be seitigen möchte.

Holstein. Rendsburg, 11. Mai. [Zur deutsch-dänischen Streitfrage; die dänischen Rüstungen; Heiberg-Bonds.] Seit dem Schluß der Ständeversammlung ist, wie es zu erwarten stand, in den größeren Fragen unserer Politik eine gewisse Stille eingetreten und man wartet ab, was Seitens des Bundestages geschehen wird. Auch die dänische Presse geht jetzt wieder von der Besprechung der allgemeinen und Hauptkontroversen in das Detail des Planklagerfechts über, ohne jedoch irgend etwas von ihrer alten Hartnäckigkeit verloren und ohne den geringsten Eindruck von den schmälichen Hall-Raasöfischen Vorgängen erhalten zu haben. Was Letzter betrifft, so haben sie Alles, was für Raasöf spricht, todzuschweigen gesucht und sind über den gesamtstaatlichen Politiker Dirlund-Holmfeld, welcher für Raasöf in die Schranken trat, mit Erbitterung hergeschlagen. Überhaupt werden sie jetzt von doppelter Wuth ergriffen, wenn sich in dem eignen Lager eine Stimme gegen den herrschenden Terrorismus und die alleinleidigmachenden elderrädischen Prinzipien erhebt, denen auch Dr. Hall im Grunde seiner Seele huldigt. Das erwies sich erst wieder in den letzten Tagen, wo der reiche falterische Gütsbesitzer Tessendorf, ein geborener Hamburger, aber durchaus loyaler Untertan der dänischen Monarchie, sich auf politischem Felde versuchen wollte und Vorschläge zur Ausgleichung der schleswigischen Wirren machte. Der Landtag hat sich bei seiner dänischen Loyalität noch einzigen gesunden Menschenverstand in Betreff der Sprachenverhältnisse in Schleswig bewahrt und verlangt Änderungen derselben. Damit hatte er aber den verwundbarsten Fleisch seiner eignen Landsleute berührt, und obgleich er in seinem langen Artikel weidlich über die holsteinischen Stimmführer herfiel und wissen wollte, daß die holsteinische Bevölkerung von ganz entgegengesetzten Gefühlen erfüllt sei, so konnte er doch nicht anders, als für Bezahlung und als Interat seine Staatsverbesserung dem dänischen Publism vorzuhören, und sogleich stürzte Alles auf ihn ein, und namentlich „Dagbladet“ überschüttete ihn mit einer Flut von Hohn. Ja, man ist jenseits so einig darin, die gegenwärtigen Sprachverhältnisse in Schleswig durchaus unberührt zu erhalten, daß Leute der entgegengesetzten politischen Richtungen sich gegen Dr. Tessendorf erhoben. Auch einer der mutigsten Kämpfen gegen den Erobererismus, der ehemalige Professor der ehemaligen Sorör Ritterakademie, Peter Hör, der die Sprachache als besonderes Feld seiner politischen Tätigkeit gepachtet zu haben glaubt, befehlte sich, dem politischen Gütsbesitzer seine Zurechtweisungen zuzumuten zu lassen. Nebenbei bemerkt, ist dieser Herr Professor, trotz seiner mehr als 60 Jahren, einer der ältereisigsten Broschürenfabrikanten, besonders über schleswigische Verhältnisse, und besitzt die rühmenswerthe Eigenschaft, unbedacht seiner gesamtstaatlichen oder, richtiger gelagt, absolutistischen Herzenschauungen, als Partisan der verschieden einander gefolgten Ministerien thätig gewesen zu sein. Leider bleiben diese sich in rascher Folge ablösenden, schön gedruckten und gratis vertheilten Broschüren ganz ohne Wirkung. Wie sehr man übrigens fortwährend in Schleswig die Sprachquälerei empfindet, zeigt sich darin, daß man auch die geringste Erleichterung begierig ergreift. Das bekannte Reklipt über die Konfirmation in den „gemischten“ Distrikten, welches für die Konfirmationshandlung die Wahl der Sprache freistelle, während es den deutschen Konfirmandenunterricht konservert, hatte die Folge, daß in allen betreffenden Kirchspielen alle Kinder, mit Ausnahme der eingewanderten Dänen, die deutsche Konfirmation verlangten, natürlich zum großen Verger der dänischen Pastoren. Unter diesen müssen die Dänen übrigens ihre Stellung doch schwer empfinden, wenn sie ihre dänische Wirklichkeit so gänzlich verfallen lassen. So ist es kürzlich vorgekommen, daß in dem Kirchdorf Boderbrup, an dem sogenannten „dänischen“ Sonntage, außer Pastor Küster und Bälgetreter, nur die zwei Knaben des Küsters in der Kirche sich einfanden, und der Herr Pastor sich deshalb veranlaßt sah, den ganzen Gottesdienst auszufezzen. — Die dänischen Kriegstrümmern, namentlich für die Glotze, gehen ihren Gang fort, obgleich schon eine Beurlaubung der Mannschaften für

Binnenschiffen in der Ostsee eingetreten ist. Man sieht doch wohl, daß man die Gelder zu unsinnig verschwendet. Interessiren wird es vielleicht, daß kürzlich die dänischen Blätter gewaltig prahlten, wie nicht allein die holsteinischen Einberufenen sehr willig gekommen wären, sondern sogar zwei ausgewählte preußische Matrosen um Erlaubnis nachgefragt hatten, in die dänische Marine einzutreten zu dürfen. Man sieht, bis zu welchen Überheblichkeiten dänische Offiziere führen kann. Unterhöch sind unsere braven Holsteiner bei ihren Bataillonen in Kopenhagen und exerzieren fleißig, wie hier die Dänen. Zu Dem, was man von jenseits über die guten dänischen Erfüllungen gefabt, die sich schon bei ihrer Abreise aus Holstein erwiesen und in der sie erklärt haben sollen, bald wiederzutun, um unter den Fahnen des Königs die hieligen „Großhände“ zu demütigen, geben wir folgendes Gegenstück, das hier allgemein erzählt wird: Bei einer Übung der holsteinischen Truppen in der Nähe Kopenhagens findet sich der König ein und redet den Mannschaften an. Er fragt sie, ob sie ihn schüren wollen, wenn es zum Kampf kommt. Man schwieg. Die Frage wird wiederholt mit dem Zusage: Ihr habt mich wohl nicht verstanden? Neues Schweigen der Soldaten, und der König entfernt sich. Unbrieglich soll man in Kopenhagen große Hoffnung darauf seien, daß zwei deutschgeborene Oberoffiziere der holsteinischen Bataillone, bei uns Wörthshöfen, von denen Erster die zu formirende Brigade kommandiren würde, bei den Mannschaften sehr zuverlässig sein. — Der sogenannte Heiberg-Bond, der für den durch die Polizeiwirtschaft in der Stadt Schleswig in seiner Existenz so schwer geachtigt ist, ist ebenso im Beitrage von ca. 1300 Thlr. preuz. Kurant in diesen Tagen übergeben worden. (Sp. 3)

Mecklenburg. Rostock, 11. Mai. [Advokat Uerhardt.] Bei der am 8. d. abgehaltenen Wahl eines rechtsgelehrten Senators ward von dem aus 14 Mitgliedern des Rathes und eben so vielen Mitgliedern der bürgerlichen Quartiere zusammengesetzten Wahlkollegium der Advokat Uerhardt mit 16 Stimmen logisch im ersten Wahlgange erwählt. Diese Wahl erregt hier deshalb eine große Sensation, weil der Advokat Uerhart einer der in dem bekannten Rostocker Hochverratsprozeß Angeklagten und Verurteilten ist. Er ward nach 44monatlicher Untersuchungszeit in erster Instanz zu zwei Jahren Zuchthaus verurtheilt und nach erfolgter Berufung auf das Rechtsmittel zu 1 Jahr Festung begnadigt, von welcher ihm jedoch später noch etwas über die Hälfte erlassen ward. Die öffentliche Stimme hat sich schon wiederholt über diesen Prozeß in sehr bezeichnender Weise ausgesprochen. (H.N.)

Großbritannien und Irland.

London, 11. Mai. [Tagesnotizen.] In Folge der vorstehenden Aufhebung der Papiersteuer und der Einfuhrzölle auf alle Arten Papier haben sich, wie verlautet, schon 25 englische Betriebsungen ihren Papierbedarf aus Deutschland und Belgien verschieben, ganz abgesehen von den massenhaften Bestellungen, die von Seiten der Papierhändler, Drucker und Verleger dahin ergangen sein mögen. Wie die englischen Papierfabrikanten mit dem Geiste lande konkurriren können, so lange dort die meisten Staaten ihren hohen Ausfuhrzoll auf Lumpen beibehalten, ist vorerst nicht gut abzusehen. — An Bord des „Great Eastern“, der am 1. Mai nach New York abging, befanden sich österreichische, französische, russische, spanische und preußische Flottenoffiziere, die einer Einladung der betreffenden Kompagnie zufolge von ihren Regierungen abgesetzt wurden, um sich von der Leistungsfähigkeit des Schiffes zu überzeugen.

[Parlament.] In der gestrigen Unterhausssitzung lenkte Peacocke die Aufmerksamkeit auf die Beziehungen Dreibreichs zu Italien und den natürlichen Bundesgenossen Englands sei, würde seine Interessen am besten zu Rathe ziehen, wenn es Venetien räume. Er beantragte ferner die Vorlegung von Depeschen des britischen Gesandten am Wiener Hofe über die neu österreichische Verfassung. Cochran lädt die auswärtige Politik der englischen Regierung, welche seines Erachtens geeignet sei, die Interessen Englands zu beauftheiten, und sprach sich mit Einschließlich gegen die von Lord J. Russell aufgestellte Nationalitätslehre aus. Lord J. Russell entgegnete (s. gest. 3.), er hätte die Vorlegung der erwähnten Depeschen nicht für ratsam. Was die neue österreichische Verfassung anbelange, so stellten sich dem Berichte, konstitutionelle Reformen in Dreibreich einzuführen, allerdings bedeutende Schwierigkeiten entgegen, welche ihren Ursprung zum Theil in der allgemeinen Lage des europäischen Staates, zum Theil in dem Nationalitätskampf innerhalb der Monarchie hätten. Wie die Neugestaltung Dreibreichs wirken werde, lasse sich nicht voraussehen. Bedenken müsse man sich darüber freuen, daß die Grundlage der Repräsentation bei der Regierung Anerkennung gefunden hätten, und daß die Volksvertreter zusammenberufen werden seien, um über Steuern und Staatsausgaben zu berathen. Er hoffe, es werde Niemand so von Vorurtheilen gegen Dreibreich befangen sein, daß er nicht wünschen sollte, der Kaiser und sein Volk würden Hand in Hand auf dem Pfade freier Repräsentativeinrichtungen fortwandeln. Ebenso aber, wie die Russen dagegen seien, den Posen weitere Befreiungszölle anzuordnen, sei die liberale Presse in Wien gegen weitere Zugeständnisse an Ungarn. Eine Ausführung der Verfassung von 1848 mit einem besondern ungarischen Minister des Auswärtigen und einem besondern ungarischen Finanzminister würde, wie auch er gern zugebe, einer Verstärkung der Monarchie dienen. Was man wünschen müsse, sei die Beobachtung der Grundlage der alten ungarischen Verfassung, und daß es dem König von Ungarn gelingen möge, auf Görzauer der Nationalverfassung abzitzen. Es sei dies eine höchst schwierige Aufgabe, mit deren Löfung auch der weise mit den Verhältnissen des Landes vertraute einheimische Staatsmann volauf zu thun haben müsse, und es würde vermeiden von einem Fremden sein, wenn er Rath erbteilen, so neige er sich sehr stark der Ansicht Peacocke's zu, daß das Aufgeben dieser Provinz für Dreibreich wünschenswerth sei. Früher hatte der österreichische Staatsrat die niederländischen Provinzen als eine große Burde empfunden und sie deshalb abgetreten. Eine ähnliche Burde sei Venetien. Wenn er gleich gestehen müsse, daß die wider Dreibreich erhobenen Anklagungen häufig übertrieben seien, so lasse sich doch die in Venetien herrschende Abneigung gegen Dreibreich nicht weglegen, und so lange Venetien Dreibreich gehöre, lasse sich nicht erwarten, daß Dreibreich und Italien oder Deutschland und Italien auf dem freundlichsten Fuße mit einander stehen würden, der für die Aufrechterhaltung des europäischen Gleichgewichts so nötig sei. Man müsse noch abwarten, was das österreichische Unterhaus zu den Steuern sagen werde, die das österreichische Volk für die italienischen Beziehungen Dreibreichs zahlen müsse. Doch das seien Theils, welche das österreichische Volk selbst mit seiner Regierung auszumachen habe. Eine auf Syrien bezügliche Interpellation Sir J. Bergiusson beantwortete Lord J. Russell dahin, daß er sage, der Bericht der europäischen Kommission sei nach Konstantinopel befördert worden. Sei dieses Theils, daß sich Mittel und Wege finden ließen, die Lage der Bewohner des Libanon zu verbessern. Die Schwierigkeit liege darin, daß Asyria es für seine Pflicht halte, die der griechischen Kirche angehörigen türkischen Unterthanen unter seinen besondern Schutz zu nehmen, während die Stellung Frankreichs zu den Katholiken eine ähnliche sei. Das Bestreben der englischen Regierung sei darauf gerichtet, Allen, ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses, die Wohlbefinden einer guten Regierung zu sichern

Frankreich.

Paris, 11. Mai. [Die syrische Frage; Ungarn; Teleky; italienische Anleihe; Transformation der Nationalgarden; Finanzprojekte.] Am Dienstag wurde im Senat der Kommissionsbericht über die Petition zu Gunsten der syrischen Christen vorgelesen. Roger, der Berichterstatter, schlug im Namen der Kommission vor, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen, da der Senat bereits gelegentlich der Adressdebatte der Regierung die syrische Frage zur Beachtung empfohlen und sich mit der befolgten Politik einverstanden erklärt habe. Die Verhandlung selbst wird am Montag stattfinden. Im Publikum erwartet man, daß die Regierung die Gelegenheit benutzen werde, um die Haltung, welche sie einzunehmen gedenkt, zu charakterisieren. Die große Verschiedenheit zwischen den Ansichten des englischen Kabinetts und den französischen Ideen ist noch immer in bedenklicher Weise vorhanden, da das britische Ministerium durchaus auf vollständiger Niederlage Syriens besteht, zu welcher Frankreich aus leicht fühllichen Gründen gar keine Neigung zeigt. Völlig übereinstimmend melden die Berichte des französischen Gesandten in Konstantinopel, so wie des die Okkupationsarmee kommandirenden Generals Beaufort, und endlich auch des französischen Konsuls in Beyrut, daß die Rückkehr der Truppen den französischen Einfluß im Orient vollständig vernichten werde, und mit wie vielen Kosten und Mühen haben die französischen Regierungen diesen Einfluß zu gewinnen gesucht! Augenblicklich ist das Kabinett der Tuilerien mit der Aufstellung neuer Propositionen beschäftigt, welche Frankreich berechtigen, einen Theil seiner Soldaten im Orient zu lassen und zugleich England die nötigen Garantien für die Integrität der Pforte geben. Bekanntlich hat das englische Ministerium die entschiedene Absicht, sofort eine kleine Armee von 7000 Mann nach Saint Jean d'Acre zu senden und diesen ungemein wichtigen und uneinnehmbaren Punkt mit Einwilligung der Pforte zu okkupieren, wenn die französischen Vorschläge nicht Genüge leisten. Zu diesem Zwecke liegt bereits in Malta ein Geschwader von 6 Linienschiffen bereit, und Truppen- wie MunitionsSendungen dorthin gehen ununterbrochen fort. Nach einer vor wenigen Tagen eingetroffenen amtlichen Mitteilung ist übrigens General Beaufort in die Berggegenden des Libanon gegangen, um dort mit den Führern der Drusen eine Zusammenkunft zu haben und ihnen Namens der französischen Regierung einige Vorschläge zu machen. Das Interesse des Publikums ist natürlich lebhaft durch diese Angelegenheit erregt, da der Termin, an welchem die französischen Soldaten nach der Konvention vom 15. März d. J. Syrien verlassen müssen, nahe bevorsteht; dennoch ist man überzeugt, daß eine friedliche Lösung dieser Frage zu erwarten ist.

Die Besürfungen der Möglichkeit eines Krieges schwanden mehr und mehr; ein einziger Punkt am politischen Himmel erscheint gewitterdrohend. Die Beziehungen zwischen der ungarischen Diät und dem österreichischen Reichsrath werden jetzt in ein neues Stadium treten, und man glaubt hier mit Wahrscheinlichkeit eine demnächstige Schilderung in Ungarn erwarten zu können. Am kommenden Montag wird Deak in Pesth die Wünsche der ungarischen Nation normiren in einer Rede (s. Tel.), welche dem hiesigen ungarischen Comité mitgetheilt worden ist. Eine der hauptsächlichsten Bedingungen, welche man ungarischer Seite für die Union mit dem österreichischen Kaiserstaate fordert, ist die vollständige Sonderung der repräsentativen Körper, und die Ungarn werden daher aus ihrer Diät während einer Kommission erwähnen, welche sich nach Wien zur Überwachung der Verhandlungen im Reichsrath begiebt, während eine Kommission des Reichsrathes zu demselben Zweck sich nach Pesth begeben soll. Man ist hier überzeugt, daß die österreichische Regierung diesem Verlangen nicht nachgeben kann. — Der Tod Teleky's hat hier großes Bedauern hervorgerufen; Teleky war durch seinen langjährigen Aufenthalt hier bekannt und beliebt. Um den Grund zu entdecken, welcher ihn zu einem so bedauernswerten Schritt veranlaßt, versieht man sich in die unmöglichsten Konjekturen, während die Erklärung gewissermaßen auf der Hand zu liegen scheint. Bekanntlich hatte Graf Teleky vor seiner Freilassung dem Kaiser vertraglich geschworen, sich von jeder Beteiligung an der Politik fernzuhalten; wie man hier wissen will, hat er dasselbe Versprechen dem Minister des Innern schriftlich gegeben. Allein nicht fest genug, um dem Drängen seiner politischen Freunde, welche ihn gewissermaßen zum Mittelpunkt für ihre Bestrebungen machten, zu widerstehen, bekehrte er sich an den verschiedenen politischen Manifestationen. Die Mitteilung der österreichischen Regierung, sie werde sein schriftliches Versprechen in den Zeitungen veröffentlichten und der Schmerz, sein Wort gebrochen zu haben, ließen ihm den gewählten Ausweg als den besten erscheinen. Dies die Ansicht, welche in den diplomatischen Kreisen die herrschende ist. Anderswo spricht man freilich davon, daß Teleky auf den Befehl der österreichischen Regierung ermordet worden sei!! — Ich habe Ihnen schon früher mitgetheilt, daß Rothschild die Vermittelung der italienischen Anleihe von 500 Millionen nicht übernehmen will, ehe nicht das Königreich Italien von sämtlichen Mächten anerkannt ist. Wie ich erfahre, versucht Graf Gavour die Anleihe mit einem englischen Bankier zu vermitteln, und es soll Aussicht auf Erfolg vorhanden sein. Mr. Hudson (Dies ist der Name des englischen Finanzmannes) ist ein großer Spekulant in Eisenbahnen und genießt in England ein bedeutendes Vertrauen.

Der Kaiser Napoleon beschäftigt sich angelegentlich mit dem Gedanken an eine Transformation der Nationalgarden, und beabsichtigt den Marschall Canrobert zum Kommandanten der gesammelten Nationalgarden zu ernennen, ohne ihn indessen seiner Stellung als Inhaber des großen Kommando's von Nancy zu entheben. Auch spricht man von der Befestigung dieser Stadt, welche noch in diesem Sommer begonnen werden soll. — Vor gestern hatte Rothschild eine Audienz in den Tuilerien. Hiermit bringt man abermals eine neue französische Anleihe in Verbindung. Vielleicht gilt dies nur für den Kredit, welchen zwei Gesuchsvorschläge für die Böllung von Eisenbahnen und anderen gemeinnützigen Arbeiten zum Betrage von 150 Millionen Franks von den Kammern beanspruchen.

Paris, 11. Mai. [Tagesbericht.] Der Minister des Innern hat verfügt, daß Schweden und Norwegen in Frankreich keinerlei Pässe mehr benötigen, und daß Franzosen, die nach den skandinavischen Ländern wollen, auf einen einfachen Inlandspass Frankreich verlassen und hierher zurückkehren können, da dorthin nicht mehr diplomatisch visitiert zu werden braucht. — Vor gestern ist die große

Industrie-, Pferde-, Gartenbau-, Weinbau- und forstwirtschaftliche Ausstellung in Chalons sur Marne durch eine Preisvertheilung geschlossen worden, bei welcher der erste Vizepräsident des Senats, de Royer (zugleich Präsident des Generalrats im Marne-departement), eine heute im "Moniteur" abgedruckte Rede gehalten, und darin namentlich auf die für die Landwirtschaft in der Umgegend von Chalons so erprobliche Wirkung des Lagers hingewiesen hat. — In den ersten Tagen des Juni soll ein Dekret über eine Algerien zu Theil werdende lokale Repräsentation erscheinen. Die neuen Präfereformen werden wohl noch vor dieser Zeit eine Wahrheit werden. — Es geht das Gerücht in sonst wohlunterrichteten Kreisen, daß in Bezug auf die Okkupation Roms früher eine Aenderung eintreten werde, als man es nach der seitherigen Haltung der französischen Politik in dieser Frage erwarten mügte. Es ist die Rede davon, die französische Garnison durch eine aus Franzosen und Piemontesen gemischte zu ersetzen. — Die Eröffnung des Lagers von Chalons wird sich noch um einige Tage hinauszögern, weil, wie es heißt, Marschall Mac Mahon über die Wahl der unter seine Befehle zu stellenden Oberoffiziere sich noch nicht vollständig mit der Regierung geeinigt habe. — Die Journale sind angewiesen, über die Predigt des Paters Minard sich in keine Polemik einzulassen. — Die polnische Emigration ist noch immer in höchster Erbitterung wegen der Predigt des Paters Minard. Sie nennt das Auftreten dieses Redners geradezu einen Akt des Verraths. Niemand von den Polen hatte eine Ahnung von dem, was von der Kanzel herabkam. Wie es heißt, hatten Frau v. Montalembert, Frau v. Beauvau in Vereinigung mit den russischen Jesuiten Galizin und Gagarin die Sache eingefädelt. Den Journalen ist von Graf Ledochowski, dem ehemaligen Nuntius des polnischen Landtages, eine in sehr starken Ausdrücken abgesetzte Protestation gegen die Rede des Paters Minard zugeschickt worden. — Kontreadmiral d'Herbinghem soll den Befehl über ein für die nordamerikanische Küste bestimmtes französisches Geschwader erhalten.

[Artesische Brunnen in Algerien.] Seit 1856 hat bekanntlich die französische Regierung die ersten Versuche gemacht, im Süden der algerischen Provinz Constantine artesische Brunnen zu bohren, und dies mit dem allerbesten Erfolge. In den Distrikten Ned-Hir und Hodna sind bereits 31 Brunnen gebohrt, die per Minute 33,631 Litres Wasser geben, in den Distrikten Tougourt 19, welche die Minute 2700 Litres Wasser liefern, zusammen also in 24 Stunden 52,446,249 Litres. Die Herstellung sämtlicher artesischer Brunnen kostete 262,676 Franken, von denen aber 120,000 für den Bohrapparat verausgabt wurden. Der Durchschnittspreis eines jeden Brunnens beträgt nur 2853 Fr. und einige Centimes. Auch in anderen Distrikten ist man mit Bohren beschäftigt und sieht eben so günstigen Erfolgen entgegen, da die Bohrlöse bisher höchstens 270 Fuß erreichte.

Italien.

Turin, 10. Mai. [Reaktionäre Konspirationen; Papststühle; Militärisches; Geschwornengerichte in Neapel.] "Il Regno d'Italia" meldet die neue Entdeckung von drei österreichischen Comités in Pavia, Brescia und Cremona; viele Personen, welche dabei kompromittirt gewesen seien, hätten die Flucht ergreifen; es seien jedoch Papiere gefunden worden, welche beweisen, daß diese Personen mit Rom und den reaktionären Chefs in den Abruzzen in Verbindung standen. — Die "Sentinella Bresciana" enthält mehrere Schreiben aus Venetien, welchen wir folgendes entnehmen: "Die österreichischen Behörden beharren auf ihren Entschluß, die im Namen Victor Emanuels, Königs von Italien, ausgestellten Pässe nicht anzuerkennen. Wer damit versehen ist, ist der Jürgenfältigen Durchsuchung ausgesetzt. Auch werden diese Pässe an der Grenze zurückgehalten und den Reisenden dafür eine Reisekarte eingehändigt, welche sie provisorisch ermächtigt, ohne dabei auf die in dem Passe angegebene Zeitspanne Rücksicht zu nehmen, Venetien zu betreten. — In Mantua ist die Truppenmasse so groß, daß alle Wohnungen buchstäblich mit Soldaten gefüllt sind."

Das Geschwornengericht, das auch während der liberalen Phasen von 1820 und 1848 nicht organisiert werden konnte, ist feierlich und mit Erfolg in Neapel eingerichtet worden. Briefen von dort zu folge hat die Bevölkerung von Neapel großen politischen Takt bei Ausübung dieser ungewohnten Tätigkeit gezeigt. Die Reden des Präsidenten Tosano und des Generalprokurator La Francesca haben einen sehr großen Eindruck auf die Versammlung und überhaupt auf die Stadt gemacht.

Rom, 7. Mai. [Die bourbonistische Reaktion; Verhaftungen; revolutionäre Schriften; das amerikanische Seminar.] Die Aufmerksamkeit auf das weitere Umschreiten der bourbonistischen Reaktion wird hier gespannt. Unsere Liberalen sind indessen der festen Überzeugung, daß die Bewegung, die dort in kürzester Frist eine Armee von 150,000 Mann zerstört, auch diese einzelnen Kräfte der Reaktion bald löschen wird. Seit einigen Tagen lehrte die früher vor Civitavecchia stationierte spanische Korvette zur Verfügung des Königs Franz und der Mitglieder seiner Familie eben dahin zurück. — Gestern wurde das sämtliche Dienstpersonal eines Kaffeehauses auf Piazza Apollinare verhaftet, weil die Kellner Vokationslisten für Victor Emanuel als König von Italien unter den Gästen herumgegeben hatten.

Zu den revolutionären Produktionen der geheimen Presse kommen jetzt noch eingeschmuggelte Zeitschriften, welche die schärfste Opposition enthalten. So hat der ausgewiesene Dr. Antonelli (er war Maestro di casa des Principe Gabrilli) ein Blatt, man weiß nicht, wo, unter dem Namen "Il Campidoglio" gegründet, welches täglich herkommt, und der Regierung jenen schlimmen Dienst am gemischaften erweist. Diese hat es fast aufgegeben, gegen die Verbreitung solchen Importis einzuschreiten, weil der Einheitsrechts Ende sein würde und die allgemeine Stimmung durch Repressionen doch nicht unterdrückt werden kann. — Der heilige Vater hat dem im vorigen Jahre hier gestifteten amerikanischen geistlichen Seminar einen Besuch besonderen Wohlwollens gegeben. Er kaufte aus seinen Privatmitteln die große und schön gelegene Villa Ferreretti vor Porta Cavalleggeri und schenkte sie dem Institut, damit seine Alumnen zur Zeit der Studienruhe in der Nähe der Stadt ein Landgut zu Erholung hätten. (R. 3.)

[Die reaktionären Bewegungen in Neapel Eisenbahnarbeiten; Nigra.] Dem "Journal des Débats" wird über die letzten reaktionären Bewegungen an der neapolitanisch-päpstlichen Grenze geschrieben: "Am 3. Mai fielen zwei reaktionäre Banden über Terracina in Terra di Lavoro ein. Eine der beiden Kolonnen, etwa 4–500 Mann stark und von Saccone, einem ehemaligen Spione des berüchtigten Massa, kommandiert, befreite Monticelli, ein kleines Gebirgsdorf bei Fondi, ermodete den dortigen Bürgermeister, plünderte die reichsten Grundbesitzer und proklamierte im Namen Franz II. eine provvisorische Regierung. In Fondi war nur eine Grenadierkompanie, und der politische Delegirte verlangte, ehe er mit den Nationalgarden nach Monticelli marschierte, Verstärkung aus Neapel. Die Regierung sandte unmittelbar den Befehl nach Palermo, die für Neapel bestimmte Brigade sofort nach Gaeta und Fondi zu schicken. Briefe des Beichtvaters Franz II., Monsignor Gallo, und des Prinzen Bisignano hatten schon vorher in Neapel angekündigt, die Bourbonen würden in Folge eines Einfallen in Terra di Lavoro Mitte Mai wieder nach Neapel zurückkommen. Der Plan ist mißglückt, doch hat man die kleinen Nationalgardistenposten in Morzone und Capriati entwaffnet; Limatola ist bedroht. Die Reaktion in Melfi ist vollkommen unterdrückt, und die gerichtliche Untersuchung wird darthun, daß die Reaktionäre im Monat April unerhörte Grauel begingen. Sie machten sich der Plünderung, der Mordbrennerei, der Verstümmelungen, der Nothzucht in derselben edelmütigen Provinz Basilicata schuldig, in der im August 1860 die revolutionäre Bewegung in gewissenhafter Weise das Leben und das Eigentum der verhafteten und gefährlichsten Werkzeuge des früheren Systems geschont hatte. Aus den anderen Provinzen sind die Nachrichten zuvielstellend, und man hofft, daß die bevorstehenden Municipals und Provinzialwahlen der nationalen Regierung einen vollständigen Sieg bereiten werden. — Die Eisenbahnen sollen mit 10,000 Arbeitern in Angriff genommen werden. Die Ernte verspricht gut zu werden; die Fruchtpreise fallen seit acht Tagen. — Nigra wird eine Hundertsieben durch die Basilicata und Calabrien machen, um einige neue Gouverneure einzusezen.

[Die Aufstände im Neapolitanischen.] Die "Opinione" bestätigt nach Depeschen vom 4. Mai, daß die Reaktion längs der päpstlichen Grenze sich noch lebhaft behauptet und der Statthalter frische Truppen dahin abgeschickt habe. Nach einer neapolitanischen Depesche vom 7. waren bis dahin aus Neapel und Gaeta drei Brigaden nach den Provinzen Fondi und Aquila abmarschiert, und es war im Werke, die regulären Streitkräfte in den von den Bourbonen noch immer in Aufregung gehaltenen Provinzen auf 50,000 Mann zu bringen, "um reine Bahn zu machen". Wir haben berichtet, daß es am 8. bei Capua zwischen 200 Bourbonischen und Nationalgarden zum Treffen kam, und daß jene Bande bei Abgang der Depesche umzingelt war. In Monticelli war eine Abtheilung der 6–800 Mann starken aus dem Romischen eingefallenen Kolonne schon einige Tage früher theils zerstreut, theils niedergeschossen worden. Auch in Fondi, zwischen Terracina und Capua, kam es zwischen Bourbonisten und piemontesischen Truppen zum Kampfe, der damit endete, daß die Reaktionäre die Flucht in die Berge nahmen. Eine Marcelli Depesche meldet aus Rom: "Neapolitanische (d. h. bourbonistische) Flüchtlinge, welche unter Chiavone's Kommando aus den Abruzzen (ins Römische) wieder einrücken wollten, wurden durch französische und päpstliche Soldaten zurückgetrieben; aber diese Flüchtlinge sind von Fondi her dennoch in die römischen Staaten zurückgekehrt". Die Italiener erblicken in diesen französisch-päpstlichen Truppenbewegungen nur Spiegelreflexe. Derselben römischen Depesche zufolge wäre es nun eine ausgemachte Thatsache, daß Fürst Chiigi, zur Zeit päpstlicher Nuntius in München, in gleicher Eigenschaft nach Paris gehen werde; die Ernennung soll bereits erfolgt und von französischer Seite gutgeheißen sein.

Spanien.

Madrid, 10. Mai. [San Domingo.] Die ministerielle "Correspondencia" bringt die Erklärung, Spanien habe bei der Annahme des Anschlusses von San Domingo sich durchaus nicht im Voraus zu etwas verpflichtet; doch solle die Sklaverei nicht wieder in der neuen Kolonie eingeführt werden, ihre Gesetzgebung über die Plantage-Arbeit solle die der übrigen Antillen sein.

Madrid, 11. Mai. [Teleg. Notizen.] Die Regierung wird wahrscheinlich in Spanien eine Anleihe abschließen, um der Handelskrise in der Havannah Abhülfe zu verschaffen. Das spanische Kabinett schickte fortwährend Kapitalien nach Kuba; am 10. gingen zehn Millionen Realen von Cadiz nach der Havannah ab.

Da der Kaiser von Marokko fest entschlossen ist, die Kabeln der Nordküste ihren Anteil an der Spanien schuldigen Kriegsentschädigung zahlen zu lassen, so ist Soliman, des Kaisers Bruder, mit einem Heere gegen die widerspenstigen Stämme im Anmarsche. — Die "Gaceta de Madrid" veröffentlicht zwei Decrete, wodurch 1) die Sitzungen der Cortes auf einige Zeit ausgesetzt werden und 2) dem Kriegsminister ein außerordentlicher Kredit von 2,172,150 Realen, zum Ankauf von Pferden für die leichte Artillerie, bewilligt wird. — Dasselbe Journal zeigt ferner an, daß General Don Luis Pinzon zum Befehlshaber eines Geschwaders ernannt worden ist, welches sich in Algeciras versammeln wird.

Nußland und Polen.

○ Aus dem Königreich Polen, 12. Mai. [Die Ablösung; Fürst Murawieff; Landsschulen.] Wie verlautet, ist ein Theil des landbesitzenden Adels übereinkommen, die Ablösung resp. Verzinsung ihrer Bauern nicht selbst und durch Privatabkommen zu bewirken, sondern diese Angelegenheit der Regierung zur Erledigung nach festen Normen in die Hand zu geben. Wenn man erwägt, daß hier fast gar kein gegenseitiges Vertrauen zwischen den Herren und Bauern besteht, so muß man dies als einen klugen Entschluß anerkennen und wünschen, daß es auch wirklich und möglichst bald dazu käme. — Nach neueren Nachrichten soll Fürst Murawieff Amuriski sich entschlossen haben, die Stellung eines Statthalters im Königreich Polen anzunehmen und nächstens in Warschau einzutreffen. Er soll ein durchaus gerechter und humanaus, aber auch ein eben so entschiedener und energischer Mann sein. — Unter den durch die Zeitumstände gebotenen Institutionen dürfte die Einführung von genügenden Volksschulen bei den für solche wohltätigkeiten stolzen, wenn die Ablösungen durchgeführt und die Gemeinden als selbständige Korporationen geordnet sind, wird die Gemeindeverwaltung auch nach andern, von der jetzigen Verwaltung ganz abweichenden Normen gebildet werden müssen. Eine Menge Abgaben, die jetzt meist dem Dominium zur Last fallen,

wird dann den Bauern aufgelegt werden müssen. Die Anlegung von Schulen ic., die Besoldung der Lehrer ic. wird große Opfer erfordern, da bis jetzt, mit wenigen Ausnahmen, im ganzen Königreiche nur wenige derartige Volkschulen vorhanden sind. Die dann von den Gemeinden aufzubringenden Beiträge werden aber den Bauern sehr schwer fallen, und wenn schon in kultivirten Staaten die Schulbeiträge mitunter von den Bauern als eine unnothige Last angesehen zu werden pflegen, so dürfte dies bei einem Volke, das bei seiner Begabung zwar sehr bildungsfähig, bis jetzt aber meist noch ohne jede Bildung ist, noch mehr der Fall sein, je weniger es die Wohlthätigkeit und Nothwendigkeit der Schuleinrichtungen einzusehen vermag.

Türkei.

Konstantinopel, 4. Mai. [Patrouillen; Geldnot; Fanatismus.] Gestern (Charfreitag) Abends durchzogen außergewöhnlich starke und zahlreiche Patrouillen die hiesigen Straßen. Es ist nun ein Jahr, wo wegen der auf eine griechische Prozession geworfenen Gierschalen das Haus eines Franzosen ungestraft demoliert wurde. Man mag etwas Ähnliches fürchten und entschlossen sein, rasch einzuschreiten. — Aus den Provinzen gehen große Klagen ein, daß sie mit Kupfermünzen überschwemmt werden, und hier in der Hauptstadt haben wir nur wenig Gold, wenig Silber und gar kein Kupfer mehr; selbst der Druck des neuen Papiergeldes scheint nicht sehr rasch vorzuschreiten, denn noch immer sind die Gehalte und Löhnen von Civil und Militär monatelang im Rückstande. Es heißt sogar, daß die Regierung vorhabe, von nun an monatlich regelmäßig zu zahlen, allein alle Rückstände zu streichen. In den öffentlichen Anzeigen liest man den Ausverkauf einer ziemlichen Anzahl von Krongütern. Um Güter zu kaufen, muß man doch Geld haben. Das Geld scheint aber ganz aus der Lürke verschwunden zu sein. Die Bankerotte wollen kein Ende nehmen, Geld ist von Niemand zu erhalten. Das Kupfer gilt so wie das Silber 50 Prozent mehr als das Papier, das Gold 72 Prozent mehr, und die englische Lire steht auf 191 Piaster Papier. — Für das morgende Osterfest ist das alte Märchen von Kinderaub, Blutabzapfen, und Mord durch Juden wieder aufgetischt. Das halboffizielle "Journal de Constantinople" bringt in seinem heutigen Blatte die Nachricht: „Die Polizei hat vorgestern Abends, in Folge gewisser Erkundigungen, die ihr zugekommen, eine Untersuchung in einem Magazin Galata's gehalten und dort den Leichnam eines neugeborenen Kindes gefunden, welches augenscheinlich das Opfer eines Mordes gewesen war. Dieses Kind gehörte einer moldauischen Frau, die in dem Hause wohnt, wo das Magazin ist, und in welchem auch eine jüdische Familie logirt. Man sagt, daß die Mutter die Polizei von dem Verschwinden ihres Kindes in Kenntniß gesetzt hat. Wir geben später andere Details über diese mysteriöse Geschichte.“ Ist's erlaubt, so leichtfertig Berichte in die Welt zu werfen, und das gerade zu Ostern der Griechen? Was helfen da die Patrouillen? (R. B.)

Donaufürstenthümer.

Bukarest, 2. Mai. [Union beschluß.] Die walachische Nationalversammlung hat einen mit dem der moldauischen identischen Besluß für die Vereinigung der beiden Volksvertretungen gefaßt. Fürst Cossa erklärte bei Entgegnahme der Adresse, daß man fortan die Union als eine vollendete Thatsache betrachten könne, welche Erklärung mit dem lebhaftesten Enthusiasmus aufgenommen wurde.

Amerika.

Mexiko, 4. April. [Politische Zustände; Todesfälle.] Den „Hamb. Nachr.“ wird von hier geschrieben: Im Allgemeinen kann man den politischen Zustand des Landes keinen günstigen nennen. Es erfordert die ganze Kraft der Regierung, um überall die kleinen Banden zerstreuende Soldaten, die sich hauptsächlich von Raub und Diebstahl erhalten, zu vernichten. Budem sind die finanziellen Verhältnisse noch sehr im Argen und hat die Hoffnung auf baldige durchgreifende Regelung derselben durch den plötzlichen Tod des besten mexikanischen Führers, Zerdo di Tejada, eines sehr befähigten Körpers und ehrenhaften Charakters, einen gewaltigen Stoß erlitten. Die Geldklemme dürfte daher auch die neu ernannten Generalkonsuln und Konsuln für Hamburg und Antwerpen verhindern, so sehr es wünschenswert wäre, daß sie ihre Reise nach Europa baldigt antreten. Auch der Tod des Gouverneurs des Staates von Vera Cruz, José Gutiérrez de Zamora, ist ein harter Schlag für die liberale Partei. Er war es, der Vera Cruz zweimal gegen den Angriff Miramons verteidigte.

Vom Landtage.

Haus der Abgeordneten. — Der Herausgeber des „Neuen Elbinger Anzeiger“, Rießen, und der Verleger der „Danziger Zeitung“, Käfemann, haben beim Abgeordnetenhaus dahin petitionirt, daß sie wolle bei der Staatsregierung die Vorlegung einer Novelle zum Preßgesetz beantragen, welche 1) den §. 11 des genannten Gesetzes dahin ergänzt, daß jeder Herausgeber durch Bestellung der Kautions das Verlags- und Verkaufsrecht seiner Zeitung erwirkt, und 2) die §§. 12 und 13 derselben Gesetzes aufhebt und an deren Stelle die Kautions für Zeitungen oder Zeitdrucken, welche mehr als dreimal wöchentlich erscheinen, für alle Orte auf 1000 Thaler, und für solche, welche dreimal oder weniger als dreimal in der Woche erscheinen, auf 500 Thaler festlegt. Über den ersteren Theil der Petition empfiehlt die Kommission Übergang zur Tagesordnung; den zweiten befragt sie aber der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen, da es wünschenswert sei, die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen über die Kautions für Zeitungen und Zeitschriften einer Revision zu unterziehen, und daß namentlich kein haltbarer Grund für Beibehaltung der in den größeren Städten geltenden übermäßig hohen Kautionssätze anzuführen sei.

Militärzeitung.

Deutschland. [Die Rheinbrücke von Kehl und die süddeutschen Bundesfestungen.] Alle Berichte stimmen darin überein, die Anlage der neuen Rheinbrücke bei Kehl als vom militärischen Standpunkt wahrhaft unverantwortlich und die gegen eine militärische Benutzung derselben von französischer Seite am deutlichen Ufer im Bau genommenen Befestigungen für nichts Besseres denn eine militärische Spielerei zu bezeichnen. Diese letzteren bestehen aus drei durch eine Mauer mit einander verbundenen Theilen, nämlich einem mit Kämmatten an beiden Seiten versehenen Brückenthor, von wo aus die Brücke ihrer Länge nach mit Kleingewehrfeuer bestrichen werden kann und welches zugleich eine Sperrung der Brücke am deutlichen Ufer abgibt, und zwei Kämmattirten Batterien, welche oberhalb und unterhalb der Brücke dicht am Rhein liegen und zu deren Zerstörung durch Geschütze bestimmt sind. Sodie dieser Batterien ist etwa 400 Schritte vom deutschen Eingang der Brücke entfernt und für vier Kämmattirten schwere Geschütze eingerichtet, außerdem aber bilden dieselben jede für sich ein geschlossenes, selbständiges, flankirtes und wohlverkleidetes Werk, bei deren Bau noch die Vorsicht beachtet worden ist, daß sie auf den gegen Straßburg gelehrten Seiten von einer Gedumfassung ganz verdeckt sind und die Verlängerung der Schüttlinien in den Rhein fallen,

so daß es schwer sein dürfte, sie vom seitlichen Rheinufer aus zum Schließen zu bringen. Indeß die sämtlichen drei Werke sind zusammen nur auf Aufnahme einer Besatzung von höchstens 1500 bis 1800 Mann berechnet und gegen ein Ueberführen feindlicher Streitkräfte auf Kähnen hat bei der beschränkten Anlage des Ganzen nicht der mindeste Bedacht genommen werden können. Auch ist das Terrain weiter das deutsche Ufer hinauf so vollkommen diesen Befestigungen ungünstig, daß z. B. die rechtsgelegene Batterie von einem auf kaum 500 bis 600 Schritt dahinter gelegenen Höhenrücken vollständig eingesehen und dominirt wird. Nach den Ergebnissen der Versuche mit gezogenen Geschützen in Jülich, wo bei völlig verdecktem Ziel auf 1200 Schritt noch mit einigen gezogenen 12pfündigen Geschützen Demolirungsversuche in ziemlich festem Mauerwerk mit nur wenigen Lagen (24 und 32 Schuß) aufs Vollkommenste gescheitert sind, und auf 800 Schritt (ebenso bei verdecktem Ziel) mit dem besten Erfolg sogar Breite geschossen worden ist (mit nur 132 Schuß, wovon 121 Treffer!), erhebt darum von selbst, daß bei der ungünstigen Lage dieser Befestigung, sobald es dem Feinde einmal gelungen, ein Paar gezogene Geschütze über den Fluß zu schaffen, dieselbe fast keine vier, fünf Stunden würd halten können, und daß das Resultat der ganzen Verbündigung nur auf den fast unvermeidlichen Verlust der Besatzung mit hinauslaufen würde. Angenommen, es gelänge aber selbst durch eine konzentrierte Truppenaufstellung am doppelseitigen rechten Rheinufer Zeit zur Zerstörung der Brücke zu gewinnen, so ist Straßburg mit seinem ungeheuren Material doch so nahe, daß nach Wegdrängung des deutschen Observationskorps aus seiner Position und dem damit zugleich erfolgenden Fall der erwähnten Befestigungen französischerseits die provisorische Herstellung der an der Brücke angerichteten Zerstörungen binnen wenigen Stunden statthaben und damit zugleich der gesuchte Übergang einer französischen Armee an das deutsche Ufer erfolgen könnte. Es ist deshalb vollkommen begründet, wenn die „Militärischen Blätter“ behaupten, daß diese Unglücksbrücke für eine deutsche Armee gar keine offensive Bedeutung hat, indem sie für die Deutschen ein Debouché bildet, das durch die Festung Straßburg so gut wie hermetisch verschlossen wird und demzufolge ein Rheinübergang hier nie-mals statthaben kann. Unbegreiflicher erscheint die Anlage dieser Brücke aber noch ganz besonders dadurch, daß deren Verlegung nach Mannheim oder selbst Germersheim den Deutschen gerade diejenigen Vortheile wie jetzt den Franzosen bei Straßburg gewährt haben würde. Es darf außerdem für die aus diesem schlimmen Verhältniß Deutschland erwachsenden Gefahren nicht übersehen werden, daß der erste Anlaufpunkt für die deutsche Verbündigung des oberen Schwarzwaldes sich erst bei Ulm findet, und daß demzufolge diese gewaltige Bodenstreite einer entsprechenden französischen Invasionssarmee gleich von vornherein Preis gegeben werden müßte. Selbst für den Schutz von Mitteleuropa stellen sich aber nach allen glaubwürdigen und ungefärbten Nachrichten die Dinge schlimm genug. Neben den traurigen Zustand der Befestigungen von Landau ist nur eine Stimme, die Vernachlässigung dieser einst so starken Festung wird durchgängig als eine kaum glaubliche geschildert. Germersheim ist in seinem jetzigen Zustande so unbedeutend, um dem Vordringen des Feindes irgend ein Hinderniß bieten zu können. Rastatt fand leichtlich unberücksichtigt zur Seite liegen gelassen werden und Mainz, einst die feste Vormauer Deutschlands, bedarf nach den zuverlässigen Angaben, um auch bei der jetzigen Kriegsführung seine ehemalige Bedeutung zu behaupten, nicht weniger als eines vollständigen Umbaus, der indeß, die Lieberinstimmung der deutschen Regierung und die dazu nötigen ungeheuren Geldmittel auch als vorhanden vorausgesetzt, zu seiner Ausführung eine lange Reihe von Jahren in Anspruch nehmen wird. Die in neuerer Zeit erst gebauten vorgehobenen Forts dieser Festung sind seit lange schon ein stehender Spott für die Kriegsbauverständigen gewesen. Die Eisenbahnen bei Mainz darf hinsichtlich ihrer vollkommen verfehlten militärischen Anlage und Bedeutung der von Straßburg im vollen Maße an die Seite gestellt werden. — p.

Locales und Provinzielles.

Posen, 14. Mai. Der bisherige Kommandeur der 9. Division, Gen. Lieut. v. Schöler (Glogau) ist zum Gouverneur von Königsberg, und der Kommandeur der 27. Inf. Brig., Gen. Major v. Cieński (Düsseldorf) zum Kommandeur der 9. Division ernannt; der Gen. Lieut. Baron v. d. Goltz, Kommandeur der 10. Division (Polen) unter Beileitung des Irothen Adlerordens 1. Klasse, zur Disposition gestellt, und der Gen. Maj. v. d. Mühlbe, bisher Kommandeur der 2. Garde-Inf. Brig. (Potsdam) zum Führer der 10. Division ernannt worden.

Posen, 14. Mai. [Direktor Dr. Brennecke] ist von der Schulkommission zu Elberfeld mit 21 von 25 Stimmen zum Direktor der dortigen Realschule gewählt worden.

R Posen, 14. Mai. [Entgegnung und Expektation.] Von dem katholischen Pfarrer Kinecki in Babartowo bei Mroczen ist uns folgender Artikel zur Aufnahme zugegangen, den wir unverkürzt wörtlich hier mittheilen. Er lautet:

In der 67. Nummer der „Posener Zeitung“ gefiel sich ein Korrespondent des genannten Blattes zur Nachricht zu bringen, als wäre ich durch Execution zur Anfertigung von Geburtsregistern für die Militärstammrollen und der Bewohnerlisten“ in deutscher Sprache „angehalten“ worden. Da dieser Bericht mich in Augen meiner Mithöriger beeinträchtigen würde, so habe ich mich veranlaßt, denselben dahin zu berichtigten, daß ich trotz aller Strafandrohungen und vollzogenen Executionen die Geburts- und Sterbelisten in deutscher Sprache nicht angefertigt; daß dieselben auf Anordnung des königlichen Landrats durch einen landräthlichen Schreiber bewirkt worden sind; daß endlich weit entfernt durch Executionen mit einschüchtern zu lassen, ich vielmehr dem mich im Beisein des Dorfschulzen pfändenden Exekutor folgende Worte in aller Ruhe ausgesagt habe: „Was sollen uns die Landesgesetze, wenn dieselben von den Behörden nicht zur Anwendung gebracht werden. Meine Habe und Gut steht Ihr zu Grunde richten, aber Ihr könnt mich nicht anwingen, deutsch zu korrespondieren.“ Was an der Sache wahr ist, ist dies, daß ich in Folge einer Verfügung seitens des königlichen Landratsamtes und des königlichen Regierung zu Bromberg wegen meiner Weigerung, die Listen deutsch anzufertigen, auf die Höhe von 20 Thlr. 14 Sgr. einschließlich der Kosten gepfändet worden bin; daß Grund wurde angegeben, daß ich die deutschen Sprache vollkommen mächtig wäre. Dies zu bestreiten bin ich in vollem Rechte und muß für mich das Reglement vom Jahre 1832 (welches denjenigen Pfarrern, die sich „mit Schwierigkeit“ der deutschen Sprache bedienen, den Gebrauch der polnischen sicher) im ganzen Stände in Anspruch nehmen. Auch haben wohl deswegen sowohl die Administrationsbehörden, als auch die Gerichte des Großherzogthums Posen bis zum Jahre 1853, also bis zu meinem 59. Lebensjahre, in der Regel meine polnischen Referate angenommen. Erst als ich die Parochie zu Babartowo im Wirsitzer Kreise erhielt, bat man sich der deutschen Sprache mir gegenüber bedient; in Folge dessen und auf meine Unkenntlichkeit der deutschen Sprache gestützt, erschuf ich das königliche Landratsamt zu Wirsitz, mit mir polnisch zu korrespondiren, worauf mir zur Antwort wurde: „es gebe keinen Dolmetscher“. Nach dieser Antwort sah ich mich gezwungen, mich der deutschen Sprache sehr oft so rasch durch Helferschreiber zu bedienen. Der schlechte Gebrauch derselben legte mich dem Hobngelächter der Beamten aus und überzeugte mich sowohl, als auch dieselben von meiner Unkenntlichkeit des Deutschen. Nach dieser bitteren Erfahrung blieb mir nichts übrig, als wieder polnisch zu schreiben, um so mehr, da ein Jeder, der eingemessen mit den Landesgesetzen und Verfassungen, die polnische Sprache betreffend, vertraut ist, wohl einsehen wird, daß mir ein Recht zusteht, mich in dem Korrespondiren mit den Behörden meiner Muttersprache zu bedienen. Als Kreis, nahe am Grabe, beschäftigt mich mehr mein künftiges Leben, als irdischer Streit. Die Erfahrung hat mich aber schon manches gelehrt; es sei mir deshalb erlaubt, sagen zu dürfen, daß das Verfahren, welches gegenwärtig von der Regierung beobachtet wird, die Herzen der Bürger polnischer Nationalität — wenigstens im Wirsitzer Kreise, der nach den neuesten offiziellen Berichten mehr Polen als Deutsche zählt, nicht gewinnen werde. Wie anders war es früher? Ich gedenke vergangener Zeit, und kann nicht umhin, dasjenige in Erinnerung zu bringen, was der Präsident Zerbini di Spoffetti, nachdem er zehn Jahre dem Großherzogthum Posen vorgesessen, zu Ehren der Einwohner und noch mehr der Leitenden, sich zu äußern verpflichtet erachtet hat. Es war der 12. August des Jahres 1825, wo er zur größten Freude und Zufriedenheit der Einwohner folgendes äußerte: „Den von mir hochgeachteten Einwohnern aller Stände bin ich lebhaft dankbar, daß sie so türend gegen mich an den Tag gelegt haben. Es hat mir die Überzeugung gewährt, daß in dem Großherzogthum Posen eine königlicher Beamter darum verlegen bleiben wird, den Anordnungen seines Souveräns Zugang zu verschaffen, wenn er in die ernsten Formen seiner Verwaltung das Vorholen aufnimmt, welches

jeine Anordnungen erzeugte.“ Dies sind die Worte des Präsidenten Zerbini an die Einwohner des Großherzogthums Posen und zwar an die polnische Bevölkerung sämtlicher Stände. Solches aber könnten unmöglich diejenigen Beamten des Großherzogthums Posen äußern, welche die Geistlichen vermittelst der Executionen zur Korrespondenz in der deutschen Sprache zwangen wollten. Und doch ist es dasselbe Volk im Großherzogthum Posen und die durch die königliche Regierung nach ihrem besten Dafürhalten sorgfältig geformten Nachkommen derer, von welchen sich der Präsident Zerbini auf diese herliche Weise verabschiedet hat. Mögen diese wenigen Worte nicht unbeachtet verschallen, vielmehr die Aufmerksamkeit derjenigen fesseln, die stets die Konsequenzen zu berücksichtigen gewohnt sind. — Ich aber und meine Mitbürger und ihrer ruhmreichen Geschichte vergebenden Nation, können bei den jetzt obwalten Verhältnissen uns nur danach richten: „gegen Gewalt läßt sich zwar nichts thun, doch gibt es keine Macht auf Erden, der es möglich wäre uns die Liebe und Verehrung für unsere Muttersprache zu entreißen. Sie ist das höchste uns von Gott anvertraute Gut, von dessen Gebrauch wir ihm einst Rechenschaft zu geben schuldig sein werden“, was ich auch in meiner Replik an das königliche Landratsamt am 12. Februar c. noch vor der Execution niederschreibe, mich für verpflichtet erachtet habe. Der Herr Landrat v. Peguinien und die königliche Regierung zu Bromberg scheinen einer anderen Meinung zu sein; denn, indem sie die königlichen Verhreibungen und Gesetze (*), als auch meine alteinmäßige Unkenntlichkeit des Deutschen ansetzen Acht lassen und mich Deutschen korrespondiren zwingen, beleidigen sie das Nationalgefühl und handeln unbewußt und möglicherweise ohne zu wollen, nicht im Interesse des Staats; denn Majestäten die preußischen Könige selbst, welchen das Großherzogthum Posen seinen Ursprung und die Entwicklung seiner Rechtsverhältnisse verdankt. Meine Absicht ist aber nicht für mich durch einfache Darstellung von Thatsachen die öffentliche Meinung zu gewinnen, sondern — einerseits den Vorwurf, welchen der Herr Korrespondent mir macht, daß ich als preußischer Unterthan gezwungen habe, von mir zu weisen und andererseits darzuhalten, daß mir als Pole im Großherzogthum das höchst verborgte Recht zustehe, mich der polnischen Sprache auch in Amtsangelegenheiten immer zu bedienen. Im Bewußtheit, die uns gelegentlich zufallenden Rechte verteidigt zu haben, übergebe ich dies der öffentlichen Meinung, und zwar unseren deutschen Mitbürgern zur unparteiischen Beurtheilung.

Babartow (im Wirsitzer Kreise), im April 1861.

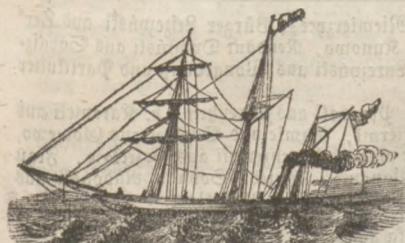
A. Kinecki, Pfarrer zu Babartow.

Die geehrten Leser werden aus dem vorstehenden Aufsage, der von Herrn Pfarrer Kinecki eigenhändig geschrieben ist, mit uns die volle Überzeugung gewinnen, daß der Herr Verfasser der deutschen Sprache und ihrer schriftlichen Handhabung nicht nur notdürftig, sondern vollkommen und in einem Umfang mächtig ist, wie wir das bei so manchem Deutschen selbst nicht finden. Die betreffenden Behörden haben also in dieser Annahme (confer. oben) durchaus Recht gehabt. Wenn in der That noch vor nicht langer Zeit die deutschen Berichte des Herrn Pfarrers zu Gelächter bei einzelnen Beamten Veranlassung gegeben haben, so würden wir das geradehin unbegreiflich finden. Nebrings können wir uns nicht denken, daß dem Herrn Pfarrer die bewiesene Kenntniß gegen die behördlichen Anordnungen wirklich innere Besiedigung gewährt habe. Ihm ist ja der Paulinische Ausspruch Römer XIII. 1 und 2, sicher nicht fremd, und er wird Dem in diesem Falle am Allerwichtigsten das Wort des Petrus, Apost. Gesch. V. 29, entgegenzulegen mit ihren auf unrichtige Prämissen gebauten Schlüssen sind natürlich in jüngster Zeit schon so oft und gründlich widerlegt, daß wir von denselben absiehen können.

h. Birnbaum, 13. Mai. [Baumfrevel; Kommission; Gewindheitszustand.] Vor 3 Jahren ließ die Gemeinde Großdorf die an der Straße nach Alt-Görzig stehenden alten Pappeln und Weiden abholzen und pflanze in deren Stelle Obstbäume, die zum größten Theile aus der Ferne herbeigeschafft werden mußten. Die Kosten beliefen sich auf ca. 120 Thlr. Schon im ersten Jahre wurden viele Bäume theils beschädigt, theils abgeschüttet; ganz besonders arg ist aber der Freibetrieb im vorigen Jahre gewesen. Baumfrevelers eine Prämie von 10 Thlr. ausgesetzt hatte. Die Kosten für die Nachpflanzungen belaufen sich diesmal auf ungefähr 40 Thlr. — Seit 8 Tagen tagt hier eine Kommission zur Prüfung und Begutachtung der Klassensteinen-Verklammlungsgezüge, deren Zahl in diesem Jahre über 600 beträgt. — Hier und in der Umgegend liegen viele Kinder am Scharlachfeier und in Befreiung und der Weiterer Gegend graffieren die Mäher, an denen viele Kinder schon gestorben sind. — In der abgelaufenen Woche hat das Graffitiz in unterm Kreise stattgefunden, und ist die Kommission mit dem Ausfall desselben vollkommen zufriedengestellt.

E Kroatisch, 12. Mai. [Gedenkfest.] Ein in der gegenwärtigen Zeit bedeutungsvolles Fest, zur Erinnerung an das Ereignis bei Beile, der Feldzug des hiesigen Landwehrbataillons nach Jüttland, wurde hier gefeiert. Die Veranlassung ward mittheilbar durch Se. Majestät gegeben, welcher dem 3. Bat. 2. Posener Landwehrregiments (Nr. 19) zur ehrenden Erinnerung an die schleswig-holsteinische Kampagne, an welcher dasselbe im Jahre 1849 ehrenhaft teil genommen (Wort des Kabinettordens), das Band des Ehrenzeichens mit Schwertern an seiner Fahne zu verleihen geruht hat. Seit einem Konzert gab der Befreiter, Maurer- und Zimmermeister Württemberg hießlich, ein militärisch-patriotisches Bild, begeistert und geisternd darstellend Scen des Ausmarsches des Bataillons, des Kriegerlebens und des Gefechts selbst. Derselbe wußte seiner Rede durch Führer des Bataillons, Oberst Daytonburg, durch Einlegung von Trauermärchen und Trauergesängen auf den Tod der Kameraden und den alten immer noch tiefern Eindruck zu verleihen. Erstrebte war der Moment der Rede, in welchem den Wehrmännern polnischer Abkunft warm ans Herz gelegt wurde, seit 1849 ihrer Wehrmänner und Bürgerpflicht eingedient zu sein. Wie könzen uns nicht versagen, den Schlüß der kräftigen Rede auch einem höheren Kreise zuzänglich zu machen. Es hieß da:

Jor Kämpfer von Beile! Ja Ihr habt Eure Pflicht gehabt, Ihr habt die Welt ein blutiges Beispiel preußischer Wehrmänner und Soldatenreute gegeben, aber seht Euch die Helden von der Raszbach, von Leipzig, Belle-Alliance, von Paris, seht Euch die dann aus Ihnen gewordenen treuen Bürger und Beamten an, — Und Ihr müßt es gefeierten, es bleibt Euch, es bleibt uns noch Vieles zu thun, bevor wir uns diesen auch nur zur Seite stellen können. Sie haben mit blutigem Ritt wieder befestigt und an uns, an den nachkommenden Geschlechtern ist es, das so herlich, so großartig angelegte, mit seinen Zügen schon jetzt nach einem halben Jahrhundert über ganz Deutschland leuchtende Gebäude auszubauen. — Aber ohne jenen blutigen Ritt werden wir's wohl schwerlich zu Stande bringen! Was wir aber mit unserm Herzblute geflitzen haben, das wird dauern in Ewigkeit. — Preußen, unser theures geliebtes Vaterland, geht einer großen Zukunft entgegen und wird wieder der ganzen Kraft und des ganzen Wertes seiner Nation bedürfen, um seinen hohen Beruf in der Entwicklung der Gestaltung des allgemeinen deutschen Vaterlandes mit Nachdruck zu erfüllen. Darum muß jeder einzelne Preuße zu jeder Zeit und unter allen Geftalten auf seinem Posten sein: im Frieden seine Bürgerpflicht, im Kriege seine Soldatenpflicht getreulich und mit Eifer üben, dann wird es dem Vaterlande auch weiter nicht an Söhnen fehlen, welche seine Erfolge in jeder Beziehung sichern helfen! Die Wehrkraft des Landes hat Preußen frei und groß gemacht. Die Friedensjahre



Pfingstfahrt

nach
der Insel Rügen.

Die beiden eisernen höchst elegant und bequem eingerichteten, mit Pavillons auf Deck und Kabinen unter Deck versehenen Personen-Seedampfer:

"Rügen," Kapt. Hauptert,
"Princess Royal Victoria," Kapt. Ruth,
bieten bei ihren Fahrten zwischen Stettin-Swinemünde, Rügen-Stralsund und Greifswald die beste Gelegenheit zu einem Ausflug nach der schönen Insel Rügen am bevorstehenden Pfingstfest.

Abgang der Schiffe.

"Rügen."

Von Stettin über Swinemünde nach Rügen und Stralsund.

Montag den 19. Mai 5 Uhr Morgens.

Namens dagegen fällt die fahrlässige Fahrt am Dienstag den 21. Mai aus.

Rückfahrt von Rügen.

Mittwoch den 22. Mai { Morgens

Sonnabend - 25. { 8 Uhr.

Dauer der Fahrt circa 7½ Stunde.

Ein Billet für Hin- und Rückfahrt, gültig innerhalb 8 Tagen, kostet 4 Thlr., einzelne

Fahrten nach Tarif.

Billets sind an Bord der Schiffe zu lösen.

Vorläufige Restauratoren befinden sich an Bord der Schiffe.

Dampfschiff-Büro.

Hermann Schulze.

"Princess Royal Victoria."

Von Stettin über Swinemünde nach Rügen und Greifswald.

Sonnabend den 18. Mai 11 Uhr Vor-

mittags.

Rückfahrt von Rügen.

Dienstag den 21. Mai { Morgens

Donnerstag - 23. { 8 Uhr.

Dauer der Fahrt circa 7½ Stunde.

Ein Billet für Hin- und Rückfahrt, gültig innerhalb 8 Tagen, kostet 4 Thlr., einzelne

Fahrten nach Tarif.

Billets sind an Bord der Schiffe zu lösen.

Vorläufige Restauratoren befinden sich an Bord der Schiffe.

Dampfschiff-Büro.

Hermann Schulze.

Meyer's Universum

Subscriptionspreis: 7 Sgr. oder 24 Kr. rdm.

Zweifache Prämie: Palermo und Florenz,

Erschienen ist das sechste Heft, und werden die Subscriptions besorgt in Posen von J. J. Heine, Rehfeld,

in Ostrowo von J. Priebsch und in Lissa von Günther's Buchhandlung.

M. 15. V. A. 7. B II.

Die Generalversammlung des Posener-Samterischen landwirtschaftlichen Vereins findet am 17. Mai Nachmittags 3 Uhr in Posen, im Hause Nr. 4 St. Martinstraße, statt.

Posen, den 13. Mai 1861.

W. Nöschen Beischou.

Als Verlobte empfehlen sich:

Minna Beischou.

Bенно Kalischer.

Die gestern Abend erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau Anna geb. Sandberg von einem muntern Knaben zeige ich hiermit an und veranlassen und Freunden hiermit anzusehen.

Posen, den 14. Mai 1861.

Simon Kantorowicz.

Prachtausgabe, 1861er Jahrgang.

erscheint von jetzt an in neuer Gestalt, bei prachtvollerer Ausstattung und besteht aus 20 Lieferungen, jede mit vier vortrefflichen Stahlstichen der schönsten Ansichten der Erde, und 12–16 Seiten geistvoll beschreibender Artikel.

2 grosse Kunstblätter und Meisterwerke des Stahlstiches.

J. F. Braeunlich,
Krautmarkt Nr. 11.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Gefordert. Ein Sohn der verwitw. Frau

v. Rohr-Holzhausen zu Potsdam, Frau v. Hol-

leben zu Berlin.

Mittwoch und Donnerstag am 15. und 16. Mai

Vormittags 10 Uhr Festgottesdienst und Gast-

predigt des Hrn. Dr. Gudemann aus Breslau.

Morgen Mittwoch den 15. Mai finden hier

in Posen in Lamberts Garten

große herkulische Kraftvorstellungen

statt. 15 Thaler Prämie erhält Derje-

nige, der im Stande ist, den Hercules mit 2

Pferden oder Ochsen fortzuziehen. Anfang Nachmittags präzise 5 Uhr. Alles Andere besagen

die Anschlagzettel an den Ecken.

Erzbeben Leon & Sohn.

Lambert's Garten.

Dienstag den 14. Mai

C O N C E R T

von der Kapelle des ersten königl. westpreußischen

Gren. Regiments (Nr. 6)

und

große Kraftvorstellung des Herrn Leon

nebst Sohn.

Anfang 6 Uhr. Entrée à Person 2½ Sgr. Familien von

3 Personen 5 Sgr. Um recht zahlreichen Besuch

bitten

Louis Bratisch.

Rheinische, 4 83½-84 b3

do. Stamm.-Pr. 4 —

Rhein-Nahebahn 4 23 b3

Ruhrt.-Grefeld 3½ 77½ G

Stargard.-Posen 3½ 84 b3

Thüringer 4 107½ b3

Waaren-Kred. Autk. 5

Weimar. Bank-Akt. 4 72½ B

Industrie - Aktien.

Dessau-Kont.Gas. A 5 94 etw bz

Berl. Eisen-Fabrik. A 5 54 G

Hörder Hüttenw. Alt. 5 66½ G

Minerva, Bergw. A 5 18½ etw bz u B

Neustadt. Hüttenw. A 5 4 bz

Concordia 4 104 G

Magdeb.-Feuervers. A 4 425 B

Görlitz, Fried. Wib. 100½ G

Oberschles. Litt. A 4

do. Litt. B. 3½ 82 G

do. Litt. D. 4 90½ G

do. Litt. E. 3½ 79 b3

do. Litt. F. 4½ 97 b3

Prinz-Wilh. I. Ser. 5 100½ G

do. III. Ser. 5 100½ G

Rheinl. Pr. O. 86½ G

do. v. Staatgarant. 8½ G

Rh. Rhe. Pr. v. St. 92 b3

Ruhrt.-Grefeld 4½ 93 G

do. III. Ser. 4 82½ G

do. II. Ser. 4 89½ b3

Stargard.-Posen 4 —

do. II. Em. 4 95½ G

do. III. Em. 4 104½ G

do. IV. Em. 4 100 etw bz

do. V. Em. 4 104½ G

do. VI. Em. 4 104½ G

do. VII. Em. 4 104½ G

do. VIII. Em. 4 104½ G

do. IX. Em. 4 104½ G

do. X. Em. 4 104½ G

do. XI. Em. 4 104½ G

do. XII. Em. 4 104½ G

do. XIII. Em. 4 104½ G

do. XIV. Em. 4 104½ G

do. XV. Em. 4 104½ G

do. XVI. Em. 4 104½ G

do. XVII. Em. 4 104½ G

do. XVIII. Em. 4 104½ G

do. XVIX. Em. 4 104½ G

do. XX. Em. 4 104½ G

do. XXI. Em. 4 104½ G

do. XXII. Em. 4 104½ G

do. XXIII. Em. 4 104½ G

do. XXIV. Em. 4 104½ G

do. XXV. Em. 4 104½ G

do. XXVI. Em. 4 104½ G

do. XXVII. Em. 4 104½ G

do. XXVIII. Em. 4 104½ G

do. XXIX. Em. 4 104½ G

do. XXX. Em. 4 104½ G

do. XXXI. Em. 4 104½ G

do. XXXII. Em. 4 104½ G

do. XXXIII. Em. 4 104½ G

do. XXXIV. Em. 4 104½ G

do. XXXV. Em. 4 104½ G

do. XXXVI. Em. 4 104½ G

do. XXXVII. Em. 4 104½ G

do. XXXVIII. Em. 4 104½ G

do. XXXIX. Em. 4 104½ G

do. XL. Em. 4 104½ G

do. XLI. Em. 4 104½ G

do. XLII. Em. 4 104½ G

do. XLIII. Em. 4 104½ G

do. XLIV. Em. 4 104½ G

do. XLV. Em. 4 104½ G

do. XLVI. Em. 4 104½ G

do. XLVII. Em. 4 104½ G

do. XLVIII. Em. 4 104½ G

do. XLIX. Em. 4 104½ G